



Context **XXI**

ISSN 1028-2319 • 35,- ATS • 5,- DEM

Nummer 6/2001

Gib den Affen Zucker 2

HISTORISCHE AKTUALITÄT

Rückkehr nicht erwünscht 4

VON THOMAS SCHMIDINGER

NORMATIVE REALITÄT

**Einfach nur zuviel Disziplin
oder von der Manifestation der Gewalt** 7

VON ECONOMYCLASS UND ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELY

REALE NORMATIVITÄT

Institutionelle Gewalt. 10

VON HEIDEMARIE GRÜBLER

GEWALTIGE EXPLOSIVITÄT

Es sind nicht die USA 12

VON ROBERT FOLTIN

ALLES VERDREHT?

Schafft ein, zwei, viele Afghanistan...? 14

VON ROLAND ATZMÜLLER

FUNDAMENTALE INTEGRITÄT

Europäische Identität und Islam 18

VON THOMAS SCHMIDINGER

SURREALE UN/TAT

**Die Wut im Bauch – Surrealismus überall
Teil 3 – Es lebe die Langeweile, Es lebe die
Leidenschaft** 22

VON ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELY

NOTWENDIGE DISPARITÄT

Feministischer Eigensinn 25

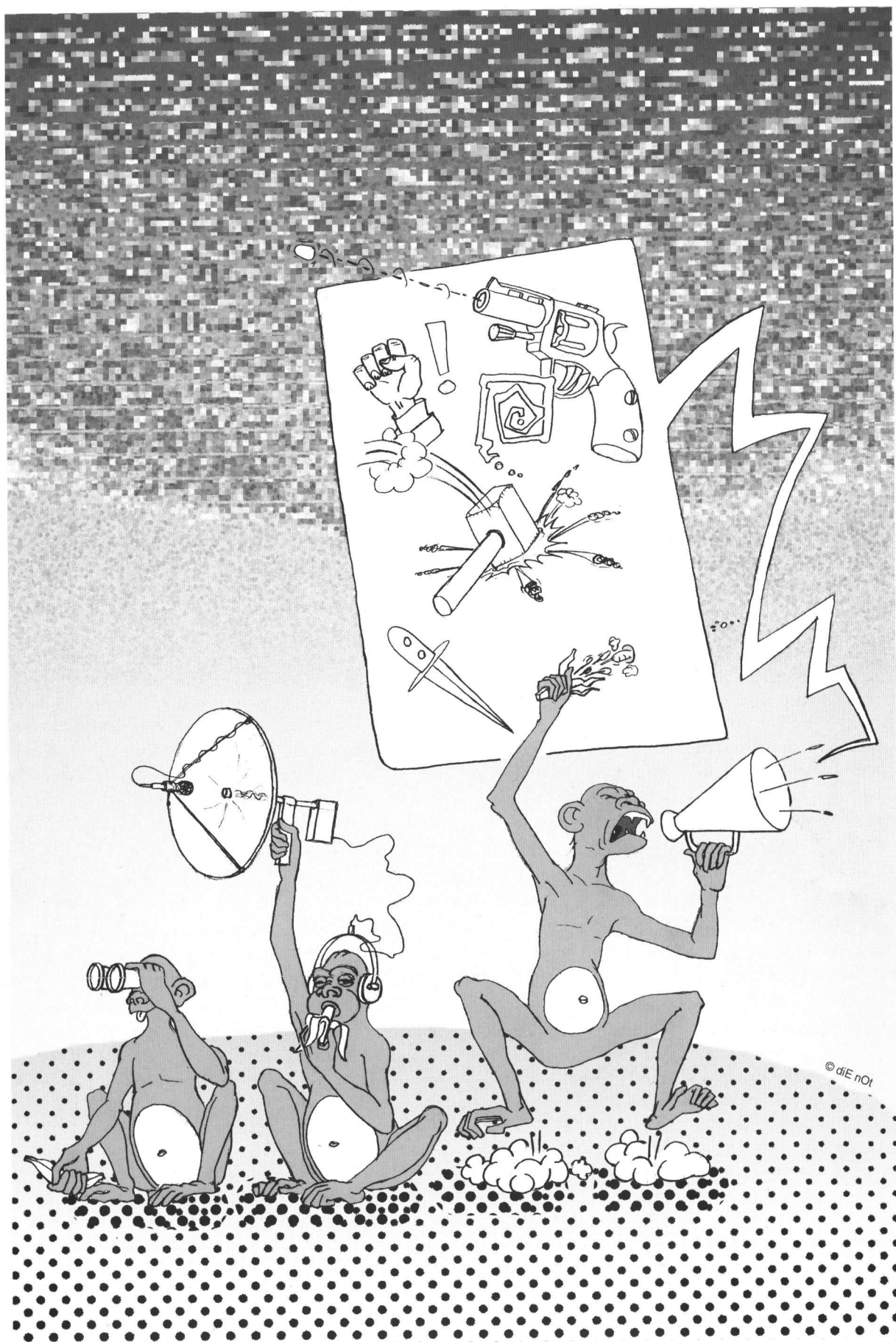
GELESEN VON EVA KRIVANEC

ARGE WEHRDIENSTVERWEIGERUNG

**Die Arge für Wehrdienstverweigerung und
Gewaltfreiheit wurde geehrt!** 28

Friedenskundgebungen–Nein zum Krieg! 28

Impressum & Offenlegung 3



Liebe Leserin, lieber Leser!

Wenn weltpolitische Turbulenzen des gegenwärtigen Ausmaßes zeitlich mit einer vorübergehenden Schrumpfung der Redaktion zusammenfallen, passiert es leider, dass die geplanten Erscheinungstermine nicht mehr eingehalten werden können. An dieser Stelle deshalb noch eine nachgetragene Entschuldigung für die Verspätung der letzten wie auch der aktuellen Nummer.

Der bereits angekündigte Gewaltschwerpunkt hat durch den geradezu surrealen – wenn auch höchst realistisch mit der medialen Aufbereitung sensationeller Bilder rechnenden – Kulminationspunkt terroristischer Gewaltakte im Anschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September, aber auch durch den als „Kampf gegen den Terror“ bezeichneten Krieg gegen Afghanistan und der damit in Zusammenhang stehenden „Kulturkampf“-Rhetorik, eine neue Dimension erhalten. Die da-

zu verfassten Beiträge stellen einen, notwendigerweise perspektivischen, Ausschnitt der derzeit geführten Diskussionen dar, sollten aber jedenfalls als Beiträge zu einer der Komplexität des Phänomens gerecht werdenden und weiterhin zu führenden Debatte, nicht als endgültige „Positionierung“ gelesen werden.

Andererseits wollten wir auch dem derzeit herrschenden „Tabula rasa-Phänomen“ – einer nahezu vollständigen Ausblendung sämtlicher Geschehnisse vor oder abseits des 11. September und folgendem – entgegenwirken und eine grundsätzliche Beschäftigung mit dem Themenkomplex 'Gewalt' mit einbeziehen. So enthält der Schwerpunkt neben einer Auseinandersetzung mit wichtigen Gewalttheorien von Hannah Arendt über Walter Benjamin zu Michel Foucault, die auf der Grundlage einer anlässlich der Ereignisse in Genua produzierten Radiosendung von „Economy

Class“ für Context XXI bearbeitet wurde, auch einen Beitrag zu Gewalt in der Psychiatrie und ähnlichen staatlichen Institutionen von Heidemarie Grübler.

Auch der letzte Teil der Surrealismus-Serie von Alexander Schürmann-Emanuel kommt um das Thema Gewalt nicht ganz herum, widmet sich aber vor allem dem leidenschaftlichen Verhältnis der Surrealisten zur Langeweile und der subversiven (und keineswegs langweiligen) Kraft der Leidenschaft. Eine neue Serie, gestaltet von Thomas Schmidinger, wird die historische und aktuelle Situation der Roma und Sinti in mehreren Aspekten behandeln, beginnend mit einer Rezension des Buchs zur nationalsozialistischen Verfolgung der Roma und Sinti von Guenter Lewy.

Der im Frühherbst im Argument-Verlag erschienene Sammelband zur feministischen Politikwissenschaft, rezensiert von Eva Krivanec,

zeigt, dass feministische Theoriebildung und Diskussion keineswegs überholt sind und wir uns fast überall befinden, doch nicht in einem post-feministischen Zeitalter, ebensowenig wie in einem post-patriarchalen.

Die in diesem Heft verstreuten Graphiken sind Illustrationen zu Rabelais' *Pantagruel* und stammen von einem anonymen Zeichner des 16. Jahrhunderts.

Die nächste Ausgabe von Context XXI wird in Form einer Broschüre zum Thema „Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus an österreichischen Universitäten“ in Kooperation mit ÖH, Republikanischem Club und Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands – aufgrund des Umfangs erst im Jänner – erscheinen.

Bis dahin gibt es wöchentlich Context XXI auf Deinem Freien Radio und – laufend aktualisiert – unsere Website unter: <http://contextXXI.mediaweb.at>.

EVA KRIVANEC
NOVEMBER 2001

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien

Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16

E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung, LICRA - Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) **Redaktion:** Roland Atzmüller, diE nOt, Manfred Gmeiner, Heidi Hammer (Radio), Markus Kemmerling, Robert Kogler, Marianne Kreutzer, Eva Krivanec (koordinierende Redakteurin), Stefan Künz (Internet-Ausgabe), Stefanie Mayer, Markus Pinter, Karl Reiter, Thomas Schmidinger, Alexander Schürmann-Emanuel (geschäftsführender Redakteur), Jutta Sommerbauer (Internet-Herausgeberin), Markus Zingerle (Radio), Robert Zöchling (em. Redak-

teur), Markus Blümel (Radio) und Eva Hruby (Radio) **AutorInnen**

dieser Ausgabe: Economy Class, Heidemarie Grübler, Robert Foltin **Titelgraphik und Seite 2:** diE nOt **Layout:** Beate Schneider

Hersteller: Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4

Offenlegung: Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, von sonst nichts und sonst niemand; Leitungsorgan ist die Redaktion; grundlegende Richtung: Kritik, insbesondere Gewalt- und Herrschaftskritik **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten

Mitgliedschaft ARGE WDV: 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo Context XXI) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint im Jänner 2002

„Rückkehr nicht erwünscht“

Dies ist der erste Teil einer Serie zu Aspekten der Geschichte und der gegenwärtigen Situation von Roma und Sinti in Österreich – geprägt durch Ermordung, Verfolgung, Vertreibung, Ausgrenzung und Marginalisierung. Gleichzeitig fand ihre Geschichte, aber auch ihre Sprache, Kultur, Kunst oder ihr Alltagsleben bislang kaum wissenschaftliche Beachtung – Versäumnisse, die nur zögernd eingeholt werden.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Dass die „Ostmark“ nicht nur die Vordenkerin der industriellen Vernichtung des europäischen Judentums durch das nationalsozialistische Deutschland war, sondern auch für die Verschärfung der NS-„Zigeunerpolitik“ eine entscheidende Vorreiterrolle spielte, geht aus einem neuen Buch von Guenter Lewy über den deutsch-österreichischen Massenmord an Roma, Sinti und Jennischen hervor.

Bereits vor dem „Anschluss“ 1938 hatte sich in der österreichischen Bevölkerung neben einem militanten Antisemitismus auch ein Antiziganismus¹ entwickelt, der weite Teile der Bevölkerung umfasste. „In der Presse wurden sie [...] als Parasiten, die ein asoziales Leben führten, verunglimpft. Man unterstellte ihnen, mit Syphilis infiziert zu sein und diese Krankheit unter Nichtzigeunern zu verbreiten.“ (S 102)

Die Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen Roma, Sinti und „nach Zigeunerart Herumziehende“, sprich Jennische im „Altreich“, wurden im Burgenland innerhalb weniger Monate durchgezogen. „Mehr noch, einige der beschlossenen Maßnahmen waren schärfer als jene, die im „Altreich“, dem Deutschland in den Grenzen vor 1938, ergriffen worden waren. Zum Beispiel wurden Familien deutscher Zigeuner, die in Vorbeugehaft genommen worden waren, von der Wohlfahrt unterstützt, während den Angehörigen österreichischer Zigeuner

dies aufgrund einer Anweisung des RKPA [Reichskriminalpolizeiamts] verweigert wurde.“ (S 102)

Die österreichischen Roma und Sinti durften laut einem Erlass vom 17. März nicht an der Volksabstimmung über den Anschluss an das Deutsche Reich teilnehmen. Mit weiteren Verordnungen wurden Bettelerei, Landstreicherei und das Spielen von „Zigeunermusik“ verboten. „Ein Erlaß verpflichtete die Zigeuner zu täglich zehnstündiger Zwangsarbeit, wobei fast die Hälfte ihres Lohns an die Gemeinden, in deren Einzugsbereich sie wohnten, gezahlt werden sollte, um diese für jahrelang gewährte Wohlfahrtsunterstützung zu entschädigen.“ (S 103)

Bei all diesen Maßnahmen gegen die überwiegend im Burgenland ansässigen Roma, spielte der NS-Landeshauptmann des Burgenlandes Tobias Portschy, der erst in den Neunzigerjahren als angesehener Wirt in Rechnitz verstarb, eine wichtige Rolle. Bereits als „Illegaler“ lenkte Portschy die Aufmerksamkeit seiner Parteigenossen auf das vermeintliche „Zigeunerproblem“ im Burgenland und verfasste im August 1938 eine Denkschrift zu diesem Thema. „Angesichts des erstaunlichen Wachstums dieser Gruppe, führte er aus, stellten die burgenländischen Zigeuner eine ernsthafte Bedrohung der Reinheit des deutschen Blutes dar. Sie zählten jetzt 8.000 Personen und machten in manchen

Dörfern bereits die Mehrheit der Bevölkerung aus; wenn nichts unternommen werde, würde es in fünfzig Jahren 50.000 dieser „Parasiten“ geben. Die Zigeuner seien Träger von erblichen und ansteckenden Krankheiten und berufsmäßige Diebe, deren Leben von Lug und Trug, Faulheit und anderen asozialen Zügen gekennzeichnet sei. Die Hälfte von ihnen sei vorbestraft; 102 Männer und 22 Frauen hätten Kapitalverbrechen wie Mord, Raub, Brandstiftung und schwere Körperverletzung begangen. Viele Gemeinden des Burgenlandes litten wegen der sozialen Versorgung dieser parasitären Bevölkerungsgruppe unter erheblichen finanziellen Problemen.“ (S 103f)

Portschy verwarf frühere Versuche das „Zigeunerproblem“ zu lösen und verlangte eine nationalsozialistische Lösung der „Zigeunerfrage“. Er verlangte die Sterilisation der „Zigeuner“, um eine Nachwuchszeugung zu verhindern, das Verbot der „Rasseschande“ zwischen „Deutschblütigen“ und „Zigeunern“, sowie den Arbeitszwang für alle Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe.

Portschy ging jedoch noch einen Schritt weiter als die meisten anderen NationalsozialistInnen seiner Zeit, indem er schreibt: „Wer die Zigeuner ihrem Charakter nach und als eine das Niveau jeder Menschlichkeit erniedrigende Rasse kennt, wird sie unbedingt den Juden in jeder Beziehung zumindest gleichstellen müssen.“²

Mit dieser Gleichstellung von „Zigeunern“ mit den von den Nazis für die Vernichtung bestimmten Juden war Portschy zwar nicht allein, aber doch in der Minderheit. Wie Guenter Lewy detailliert herausarbeitet, setzte sich innerhalb des Partei- und Polizeiapparates des nationalsozialistischen Deutschlands eine Gleichstellung von „Zigeunern“ und Juden nie durch. Der Antiziganismus spielte in der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda nie dieselbe Rolle wie ihr Vernichtungsantisemitismus. Lewy arbeitet den Unterschied zwischen NS-„Zigeunerpolitik“ und der NS-„Judenpolitik“ eher in der praktischen Umsetzung der Vernichtung heraus.

Er kann keinen „Vernichtungsplan“ gegenüber „Zigeunern“ als rassisch definierte Gruppe erkennen, sondern sieht die Verfolgung der Roma und Sinti eher als Folge einer chaotischen Politik, in der sich die verschiedenen NS-Stellen und Strömungen zwar auf die Deportation der meisten Roma und Sinti nach Auschwitz einigen konnten, in der ihre anschließende Vernichtung aber noch nicht von Anfang an feststand.

Leider kommt die ideologische Grundlage der unterschiedlichen Behandlung von Roma und Sinti einerseits und Jüdinnen und Juden andererseits in Lewys Werk aber zu kurz.

Dieser unterschiedlichen Politik liegt nämlich letztlich der Unterschied zwischen NS-Rassismus und NS-Antisemitismus zugrunde. Während die Mehrheit des NS-Apparates in den Zigeunern eine „rassisch minderwertige“ Bevölkerung sah, die den „Ariern“ heillos unterlegen war, sah sie in den Jüdinnen

und Juden nicht nur eine „minderwertige“ sondern zugleich eine „überwertige Rasse“, von der sie sich bedroht fühlte. Im Gegensatz zu „Zigeunern“ oder anderen als „rassisch minderwertig“ betrachteten Bevölkerungsgruppen, wurde Jüdinnen und Juden nicht geistige Beschränktheit, sondern Überintellektualität vorgeworfen. Während „Zigeuner“ und andere „rassisch Minderwertige“ als „primitiv, schmutzig, dumm und arm“ betrachtet wurden, wurde den Jüdinnen und Juden vorgeworfen, sie wären wirtschaftlich erfolgreich und würden als „Finanzkapitalisten“ und „Zinswucherer“ die armen Deutschen ausbeuten, ja nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch erfolgreich die Welt Herrschaft anstreben. In ihrem Selbstverständnis sah sich die NSDAP als „nationale Befreiungsbewegung“ gegen ein „allmächtiges Judentum“.

Daraus resultierte letztlich jener Unterschied in der praktischen Politik, den Lewy in seinem Buch detailgetreu herausarbeitet.

Während Jüdinnen und Juden unabhängig von ihrem Verhalten und ihrer Person einer industriellen Massenvernichtung zugeführt wurden und in der Todesfabrik Auschwitz lediglich vernichtet wurden weil sie Jüdinnen und Juden waren, fehlte laut Lewy der NS-„Zigeunerpolitik“ „die fanatische Entschlossenheit, die das mörderische Vorgehen gegen die Juden kennzeichnete. Ganze Kategorien von Zigeunern, wie die „sozial Angepassten“ und die Sesshaften, wurden im Allgemeinen milder behandelt.“ (S 374)

Die Vernichtung der Insassen des „Zigeunerlagers“

in Auschwitz wird von Lewy schließlich nicht als Teil eines systematischen Plans zur Vernichtung gesehen, sondern eher als eine nationalsozialistische „Problemlösung“. Da die Lagerleitung einerseits den grassierenden Krankheiten nicht Herr werden konnte und andererseits den Platz für die nach Auschwitz zu deportierenden ungarischen Jüdinnen und Juden benötigte, entschloss sie sich, das Lager aufzulösen, die „Arbeitsfähigen“ in andere Konzentrationslager zu überstellen und Alte, Kranke, Kinder und Schwache zu vergasen.

In dieser weiteren Verschärfung der NS-„Zigeunerpolitik“ hin zur Zwangssterilisierung und schließlich zum Massenmord spielten jedoch wiederum ÖsterreicherInnen eine wichtige Rolle. „Einige Funktionsträger in Österreich hielten die Errichtung von Konzentrationslagern nicht für ausreichend. Nach Meinung des Grazer Staatsanwalts Meissner ging von den Zigeunern eine ernste rassische und wirtschaftliche Gefahr aus, insbesondere im burgenländischen Bezirk Oberwart, wo etwa viertausend von ihnen lebten, die sich angeblich fast ausschließlich mit Betteln und Stehlen über Wasser hielten. Die Zigeuner in Arbeitslager einzusperren sei keine Lösung, schrieb er im Februar 1940 nach Berlin. Sie stellen ein „rassisch minderwertiges“ Element dar, das sich rasch vermehre und die übrige Bevölkerung zu vergiften drohe.“ (S 183f)

Die meisten burgenländischen Roma wurden bereits 1938 und 1939 in Konzentrations- oder in Zigeunerlager in Salzburg (Leopoldskron) und Lackenbach de-



Lewy, Guenter: »Rückkehr nicht erwünscht«. Die Verfolgung der Zigeuner im Dritten Reich. Propyläen-Verlag. München, Berlin, 2001

portiert. Von dort wurden jene, die die dortige unmenschliche Behandlung und die Typhus-Epidemie im Lager Lackenbach überlebten, direkt in das Generalgouvernement deportiert. Die österreichischen Roma waren die ersten, die nicht zuletzt auf Drängen der lokalen Bevölkerung nach Lodz und später nach Auschwitz deportiert wurden und schließlich im Gas landeten.

Trotzdem war die Vernichtung der Roma und Sinti nicht so systematisch und industriell angelegt wie jene der Juden.

Lewy legt in seiner Analyse dieser Unterschiede seinen Schwerpunkt aber auf die politische Uneinigkeit der NS-Spitzen, was denn mit den „Zigeunern“ zu geschehen hätte, und führt dieses „Chaos“ letztlich als Hauptgrund für die unterschiedliche Behandlung von „Zigeunern“ und Juden an. Den Grund für die Verfolgung der „Zigeuner“ und „nach Zigeunerart Herumziehenden“ sieht Lewy mehr im nationalsozialistischen Hass gegen „Asoziale“. Die „Zigeuner“ wären hauptsächlich wegen

ihrer Lebensweise verfolgt worden und nicht wegen des nationalsozialistischen Rassismus. Obwohl Lewy für diese These die Verfolgung von als deutschstämmig Angesehenen „nach Zigeunerart Herumziehenden“, die Nichtdeportation von „sozial Angepaßten“ und den Schutz, den Himmler einigen „reinerassigen Zigeunern“ zukommen ließ, als Belege für diese These anführt, bleiben damit immer noch einige Fragen offen. Die Zwangssterilisationen der „verschonten“ Roma und Sinti, die Politik gegen „Rassenschande“ von „Deutschen“ und „Zigeunern“ und die letztlich doch erfolgte Vernichtung zehntausender „Zigeuner“ in Auschwitz lassen auf eine andere Behandlung von „Zigeunern“ und von den Nationalsozialisten als „asozial“ betrachteten Deutschen schließen. Da auch schwarze Deutsche, die nach dem ersten Weltkrieg aus einer Verbindung deutscher Frauen mit französischen Besatzungssoldaten im Rheinland hervorgegangen sind, zwangssterilisiert wurden, läßt sich hier eher eine Parallelität feststellen. Mir scheint also

der Unterschied zwischen der NS-Politik gegen Jüdinnen und Juden einerseits und gegen „Zigeuner“ andererseits eher im Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus zu liegen, als, wie Lewy vermutet, in der Verfolgung der „Zigeuner“ wegen ihrer Lebensweise.

Zudem weisen deutsche Roma- und Sinti-Organisationen zu Recht darauf hin, dass Lewy in seinem Buch Diffamierungen und Vorurteile gegen Roma und Sinti fortschreibe. Mit der Annahme, der NS-Verfolgungspolitik gegen „Zigeuner“ liege eine reale Lebensweise derselben zugrunde und der Erwähnung der „höheren Kriminalitätsrate“ unter „Zigeunern“ ohne auf das Zustandekommen dieser Kriminalitätsraten näher einzugehen, begibt sich Lewy tatsächlich trotz seines gut recherchierten und detailreichen Bandes auf ein gefährliches Terrain. Dazu passt auch die ständige Verwendung des Begriffes „Zigeuner“ ohne Anführungszeichen, ohne sich dazu zu äußern, warum er diesen und nicht den mittlerweile weit hin anerkannten Begriff „Roma und Sinti“ verwendet und die kaum in den Kontext passenden und wohl eher aus persönlichen Erfahrungen verfassten Angriffe auf Opferverbände und Roma- und Sinti-Organisationen in Deutschland.

Trotz dieser Schwächen ist das Buch „»Rückkehr nicht erwünscht«“. Die Verfolgung der Zigeuner im Dritten Reich“ meines Wissens nach die umfangreichste und am besten recherchierte bisher erschienene Arbeit zu diesem Thema und wird deshalb wohl als Standardwerk zu betrachten sein.

- 1 *Mangels eines besseren Begriffes wird hier der Begriff „Antiziganismus“ verwendet, obwohl er das von vielen Roma und Sinti als abwertend gesehene Wort „Zigeuner“ enthält. Da ein „Antiziganist“ aber in seinem Hass sich gegen „Zigeuner“ richtet und sicher selten von Roma und Sinti sprechen wird - die BBA stellte mit ihrem Anschlag auf die Roma im Burgenland eine Ausnahme dar, als sie an der verwendeten Rohrbombe eine Tafel mit „Roma zurück nach Indien“ plazierte - scheint mir der Begriff im Gegensatz zum Begriff „Zigeuner“, der von Lewy ständig verwendet wird aber vertretbar. In wörtlichen Zitaten aus Lewys Buch habe ich dessen Begrifflichkeit aber natürlich unverändert übernommen. Wenn vom Hass der Nazis gegen die „Zigeuner“ oder von deren Maßnahmen gegen dieselben die Rede ist, habe ich ebenfalls den Begriff „Zigeuner“ verwendet, diesen aber unter Anführungszeichen gesetzt.*
- 2 *Portschy, Tobias: Die Zigeunerfrage, Denkschrift des Landeshauptmannes für das Burgenland, Eisenstadt 1938, S. 6f*

Einfach nur zuviel Disziplin

oder von der Manifestation der Gewalt

Vorbemerkung

Gewalt, Gewaltverhältnisse gesellschaftlicher, ökonomischer, sexistischer, rassistischer Art durchsetzen die Gesellschaft und strukturieren sie. Diese Gewaltverhältnisse und ihre Manifestationen sind keine sich selbst produzierenden, gleichsam naturwüchsigen, automatischen Prozesse, sondern werden zur Aufrechterhaltung hegemonialer Strukturen (wie auch zur Installierung neuer Verhältnisse) eingesetzt.

Unmittelbarer Entstehungshintergrund der im Sommer produzierten Radiosendung waren die Ereignisse rund um den G8-Gipfel in und um Genua Ende Juli 2001. Der Gipfel, die Gegenkundgebungen, der Tod von Carlo Giuliani, die massive Repression im Vorfeld und nach dem Gipfel, sowie die Verhaftung der Theatergruppe VolxTheaterKarawane waren der Kontext, in dem dieser Beitrag entstand. Die Ereignisse von Genua waren aber nicht unmittelbar Thema dieser Sendung, sondern Ausgangspunkt allgemeinerer Überlegungen zum Phänomen politischer Gewalt. Überlegungen, welche durch den brutalen Gewaltakt am 11. September überrollt, sicher jedoch nicht überholt worden sind.

Die Beschäftigung mit der und Annäherung an die Gewalt war ein Schritt von einer individuellen zu einer kollektiven Auseinandersetzung von fünf Autorinnen.

Es war auch ein Schritt weg von der Ohnmacht, die nach dem Geschehenen in Genua immer wieder auftauchte, hin zu einer Konfrontation mit dem vielfältigen und widersprüchlichen Phänomen Gewalt. Ebenso wie der Diskussionsprozeß für die Autorinnen der halbstündigen Sendung mit dieser bei weitem noch nicht abgeschlossen oder an einem befriedigenden Punkt angelangt war, kann auch die redaktionelle Überarbeitung für das Papier nicht befriedigend sein und als abgeschlossen gelten.

Es ging den AutorInnen nicht darum, eine Definition von Gewalt zu liefern, da eine solche bei der Vielschichtigkeit und Ambivalenz von Gewalt sinnlos wäre. Sie versuchten vielmehr sich auf verschiedenen Ebenen dem zu nähern, wie politische Gewalt sich äußert und welche Funktionen sie in den unterschiedlichen Kontexten hat.

Manifestation mit Folgen?

Die Rede vom "Gewaltlosen Widerstand" schwirrt durch die Medien und die politischen Diskurse der Linken. Dass sie ein Widerspruch in sich ist, scheint nicht aufzufallen. Widerstand scheint zwar ein Konsens zu sein; gegen die Globalisierung, die schwarz-blaue Regierung, gegen Rassismus und Sexismus, aber genauso Konsens ist es, diesen Widerstand gewaltlos zu führen. Die These der AutorInnen war, daß die Leute

nicht wissen, wovon sie reden, wenn sie das Wort „Gewalt“ oder „Gewaltlosigkeit“ in den Mund nehmen. Gewaltlosigkeit ist eine sinnlose politische Kategorie, mensch kann sagen, sie existiert nicht auf der Ebene der politischen Verhältnisse. Gewalt und Nicht-Gewalt sind hierin nicht voneinander abzugrenzen und schon gar nicht zu definieren oder ausschließlich als physische Akte abzutun. Politische Gewalt existiert. Sie hat zwar keine Essenz, aber sie wird als Mittel und als Ausdruck von Herrschaft und Macht manifest und ist auf verschiedenen Ebenen der politischen Verhältnisse auszumachen. Auf den folgenden drei Ebenen haben die AutorInnen versucht, der Manifestation und Äußerung von Gewalt nachzugehen: auf jener der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse, jener der Staatsgewalt und des Rechts (im Sinne von legitimer Macht, gerechtfertigter, gesetzlicher Autorität) und auf jener des politischen Widerstandes.

Die Ebene der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse

Hier wäre es wahrscheinlich besser, anstelle von Gewalt vom „stummen Zwang der Verhältnisse“ oder von einer konsensualen Macht zu sprechen. Macht basiert nicht nur auf Repression, auf Geboten und Verboten, sondern wird heute weitaus stärker über so-

BASIEREND AUF EINEM VON ECONOMY CLASS VERFASSTEN SKRIPT FÜR DAS RADIO, ÜBERARBEITET VON ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELY

„Denn unter dem Gesichtspunkt der Gewalt, welche das Recht allein garantieren kann, gibt es keine Gleichheit, sondern bestenfalls gleich große Gewalten.“

Walter Benjamin,
Kritik der Gewalt, S. 58



ziale Strukturen oder internalisierte Normen vermittelt. Zusätzlich gibt es nicht nur die Mächtigen auf der einen und die Ohnmächtigen auf der anderen Seite, da die Vielfalt der Machtquellen und die eigene Involviertheit in das System der Macht keine solche eindeutige Zuordnung erlaubt. Das gesellschaftliche und ökonomische System wird durch unser permanentes Handeln reproduziert. Diese Ausformung von Gewalt ist meistens nicht offensichtlich, sie tut auch nicht unmittelbar weh, aber sie wirkt nachhaltiger, weil sich unser Leben danach ausrichten muß. Es gibt niemanden, der diese Gewalt ausübt bzw. alle üben sie aus. Fast alle müssen zumindest die Hälfte ihrer Wachzeit fremdbestimmt leben – als LohnarbeiterInnen. Wir müssen einkaufen gehen. Wir bedienen permanent unser geschlechtsspezifisches Rollen-

bild. Wir müssen zusehen, wie Leute abgeschoben, wie Leute inhaftiert werden, wie Recht im Namen einer Gerechtigkeit gesprochen wird. Die meisten wollen auch nichts anderes als dabei nur zuzusehen. Es ist gesellschaftlicher Konsens der Ausbeutung, Unterdrückung und Erniedrigung nicht zu widerstehen, denn diese werden als Normalität aufgefaßt und sind im Bewußtsein der Menschen meistens keine Gewalt.

Gewalt wird also nicht nur direkt vom Staat und untergeordneten Institutionen oder von Personen/Gruppen ausgeübt, sondern hat sich in die jeweiligen Subjekte selbst hineinverlagert. Diesen Prozeß benennt Michel Foucault als Entstehen der modernen Disziplinargesellschaft. Die Disziplinargesellschaft funktioniert – vereinfachend ausgedrückt – so, daß durch das Instrument der Normalisierung alles nicht der Norm

Entsprechende als anders, deviant und kriminell gilt. Die Normalisierung selbst, wie auch die hierbei angewandten Techniken der Sanktionierung und der Disziplinierung sind nicht mehr allein mit physischer Gewalt faßbar. Aus diesem Grund ist ein Gewaltbegriff, der Gewalt ausschließlich auf rein physische Gewalterfahrungen reduziert, für die Beschreibung und Analyse moderner und komplexer Normalisierungsmechanismen nicht ausreichend.

Etwas von dieser Verlagerung der Kontrollinstanzen in das Individuum hinein wird im Begriff Subjekt deutlich. Das Wort Subjekt ist von – griechisch – Subjektion abgeleitet, was die Bedeutung von Selbständigkeit aber auch von Unterwerfung beinhaltet. Subjekt meint also den Prozeß der Unterordnung durch Macht als auch den Prozeß der Subjektwerdung. Einerseits unterwerfen wir uns dem Zwang gesellschaftlicher Verhältnisse, andererseits sind wir als Subjekte sehr wohl handlungsfähig und müssen den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht ohnmächtig gegenüber stehen und in diesem Spannungsverhältnis bewegt sich widerständige politische Praxis.

Die Ebene der Staatsgewalt und des Rechts (im Sinne von legitimer Macht, gerechtfertigter, gesetzlicher Autorität)

Walter Benjamin untersuchte 1921 das Phänomen der auf Recht basierenden Gewalt in seinem Aufsatz *Zur Kritik der Gewalt* (Benjamin W., Frankfurt a.M., 1965). Eine vorherrschende Form der Gewalt, die wir täglich erfahren, ist eng mit dem Recht verbunden und hat zwei

Funktionen: einerseits die rechtsetzende – begründende – und andererseits die rechtserhaltende Funktion, die das geltende Recht bestätigt und dessen Fortdauer und Anwendbarkeit sichert. Die verschiedenen Staatsapparate (die Gerichte, das Parlament, die Regierung, die Polizei, die Armee etc...) sind an einer dieser Funktionen oder an beiden beteiligt. Die Polizei beispielsweise kann nicht nur physische Gewalt in Form von Körperverletzung und Mord, wie bei den Demonstrationen in Genua ausüben, sie hat die Funktion, die gesellschaftliche Ordnung zu erhalten und ist insofern rechtserhaltend; durch ihre Anwesenheit aber auch in ihrer Abwesenheit, also durch ihre pure Existenz. Die Polizei ist immer dort anwesend, wo Gesetzeskraft existiert. Die Polizei wird auch zur rechtsetzenden Gewalt: dann nämlich, wenn herrschendes Recht zu erhalten ist, dieses Recht jedoch unbestimmt im Detail ist und der Polizei somit die Möglichkeit eingeräumt wird, Recht zu setzen – „nach eigenem Ermessen zu handeln“.

Der Staat bzw. die Rechtsordnung gilt als alleinige Quelle des Rechts auf Gewaltsamkeit. Individuelle Gewalt, die die Rechtsordnungen bedroht, soll ausgeschlossen werden. Das Recht, dessen ErfinderInnen und ExekutorInnen müssen also Gewalt monopolisieren. Dieses Monopol tendiert nicht dazu, dieses oder jenes Gesetz in Schutz zu nehmen, sondern dazu, das Recht, das System selbst zu schützen. Es fördert legale und richtet sich gegen „illegale“ Gewalt. Gewaltsamkeit gilt nur insofern als legal als die staatlichen Gewalten sie tolerieren, ge-

nehmigen, vorschreiben. Gewalt muß hier nicht unbedingt als physisch ausgeübte verstanden werden. Durch die Gewalt des Rechts kann das Recht selbst über die Legalität von Gewalt entscheiden und kann all jenes als gewaltsam (ungesetzlich) bezeichnen, was es nicht anerkennt. Vor zwei Jahrhunderten ahnte mensch schon, daß mit viel schlechtem oder gutem Willen staatliche Gewalt sich immer gegen das Individuum richten kann, somit wurde in den sich damals entwickelnden westlichen Demokratien eine Gewaltenteilung zwischen den verschiedenen staats- und gesellschaftstragenden Institutionen festgeschrieben. Doch hat sich schon oft genug, wenn es die Situation provozierte und erforderte, die Grenze zwischen Exekutive, Legislative und Judikative bis zum Verschwinden der gegenseitigen Kontrollmechanismen aufgelöst.

Es gibt viele Formen von Gewalt, die dem Staat entgegenstehen oder Ziele durchzusetzen versuchen, die sich von den staatlichen unterscheiden. Diese Formen von Gewalt tendieren dazu, Recht zu setzen, indem sie das geltende Recht zerstören. Die rechtserhaltende Gewalt wehrt sich generell gegen rechtsetzende Gewalt, die außerhalb der eigenen Normen steht und imstande ist, veränderte, neue Strukturen zu legitimieren. Walter Benjamin dazu: „Alle Gewalt ist als Mittel entweder rechtssetzend oder rechtserhaltend. Wenn sie auf keines dieser Prädikate Anspruch erhebt, so verzichtet sie damit selbst auf jede Geltung.“ (Benjamin, S. 45) Gewalt entsteht somit aus Konkurrenz zwischen aktueller Norm und Abnorm

und aus dem Streben nach Macht, wie sie von Hannah Arendt definiert wurde: „Macht entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. [...] Wenn wir von jemanden sagen, er „habe die Macht“, heißt das in Wirklichkeit, daß er von einer bestimmten Anzahl von Menschen ermächtigt ist, in ihrem Namen zu handeln.“ (Macht und Gewalt, 2000, S.45.)

Die Ebene des politischen Widerstandes

Gewalt ist im Kontext des Widerstandes, so wie ihn die GegnerInnen der neoliberalen Globalisierung in Genua und sonstwo gezeigt haben, am schwierigsten zu fassen. Bei dieser Gewalt kann nicht von der Gewalt der Verhältnisse, von der Autorität des Staates oder auch von einer logistisch-militärischen Stärke gesprochen werden, sie ist eher eine symbolische Machtdemonstration und manifestierte Gegen-Gewalt. Kann mensch überhaupt bei den Übergriffen, welche sich gegen Räumpanzer und mit scharfer und Tränengasmunition ausgerüstete und schießende Polizei richtet, von „Gewalt“ von Seiten der DemonstrantInnen sprechen? Nivelliert die Gleichbezeichnung der Polizeigewalt und der Gewalt, die von den DemonstrantInnen ausgeht diese beiden Formen von Gewalt auf gleicher Ebene?

Ob bewußte Brüche der hegemonialen Legalität in der politischen Aktion sinnvoll sind oder nicht, hängt von verschiedenen Faktoren ab, wie dem Rückhalt in oder der Ermächtigung einer „Bewegung“, der Vermittelbarkeit



der Aktion, den Effekten ihrer medialen Repräsentation, der unmittelbaren Erreichbarkeit eines bestimmten Ziels und schlußendlich des Aktes neuer Rechtsetzung. Ob Legalitätsbrüche per se Gewalt darstellen, verneinen die AutorInnen, denn es kommt nicht nur auf die Art des Legalitätsbruches an, sondern auch auf die Gewaltigkeit im Sinne der Machtdemonstration der AktivistInnen. Wenn ein Einzelner eine Scheibe einschlägt ist das nicht wirklich eine gewalttätige Machtdemonstration (außer es war ein Polizeispitzel, ein *agent provocateur*), wenn es allerdings zu einer kollektiven Handlung kommt, selbst wenn sie gesetzlich erlaubt ist, kann schon von gewalttätiger Machtdemonstration, von Gewalt gesprochen werden. Und auch den sogenannten gewaltlosen Störungen haftet immer das Gewaltsame an. Denn Aktionen, die darauf

abzielen, bestimmte Prozesse lahmzulegen – den Verkehr auf der Straße, den Unterricht an Universitäten, Lohnarbeit durch Streik – bedienen sich physischer Gewalt, schon alleine weil sie den Rhythmus des Alltags unterbrechen. Auch Gegen-Gewalt ist als Gewalt wahrzunehmen, ohne allerdings die Staatsgewalt, die Gewalt der nach Macht strebenden Gruppen und die Gewalttätigkeit der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse zu verharmlosen oder sie damit zu vergleichen.

Durch diese Einsicht soll einerseits Gegen-Gewalt kritikfähig gemacht werden und andererseits mensch sich der eigenen Handlungsoptionen bewußt sein und diese als möglicherweise machtvollen Gegen-Gewalt ausmachen können, ohne am „stummen Zwang der Verhältnisse“ und der Disziplinierung als Subjekt scheitern zu müssen.

Institutionelle Gewalt

„Was sie getan haben, steht in keinem Verhältnis zu dem, was ihnen angetan wurde.“¹

Mit dem Begriff „Unterbringung“ lassen sich unterschiedliche Formen von Einrichtungen wie Krankenhäuser, psychiatrische Einrichtungen, Pflegeanstalten, Altersheime, Strafvollzugsanstalten und Gefängnisse in Verbindung bringen.

VON HEIDEMARIE GRÜBLER*

Mit dem Wort „Unterbringung“ beschreibt Rudolf Winzen² das Festhalten eines Menschen ohne seine Zustimmung in einer Anstalt oder einem Heim. Hunderttausende von Menschen in Europa werden in diversen Einrichtungen, ohne die Möglichkeit, ein Leben nach freier und eigener Wahl in der Gesellschaft zu führen, „untergebracht“. Obwohl einige Einrichtungen und Institutionen ihren InsassInnen ein angenehmes Lebensumfeld zu bieten versuchen, gibt es Hinweise darauf, dass ein Großteil der Institutionen, vor allem Strafvollzugsanstalten, aber auch viele psychiatrische Einrichtungen, die Mindestanforderungen der Menschenrechte nicht erfüllen.

Explorationen³ zur institutionellen Gewalt machen deutlich, dass Gewalt und Missbrauch gegen Menschen, die in Einrichtungen leben, sehr unterschiedliche Formen annehmen können. Ich möchte hier vor allem das extreme Kräfteungleichgewicht zwischen MitarbeiterInnen und InsassInnen betonen: Viel zu oft haben die „Unterbrachten“ kein Mitspracherecht bei der direkten Gestaltung ihres Lebensumfeldes. Die „unterbrachten“ Menschen büßen ihre Subjektivität ein und werden als Risiko- und Störfaktoren oder Gefahrenobjekte von der Gesellschaft weggesperrt und vom Anstaltspersonal als „Masse“ verwaltet.

Die Mehrzahl der gewalttätigen Zwischenfälle wird aus unterschiedlichen Gründen nicht bekannt. Die Opfer haben kein Vertrauen in ihre Möglichkeiten, effektive Maßnahmen zu ergreifen; sie fürchten, nicht ernst genommen zu werden und haben Angst vor Vergeltungsmaßnahmen. In mehreren EU-Mitgliedsstaaten, in denen „Opfer“ ihre Peiniger vor Gericht gestellt haben, wurden die Verantwortlichen für ihre Verbrechen kaum oder überhaupt nicht bestraft. Die Maßnahmen gegen die Gewalt gegen untergebrachte Menschen sind von Land zu Land unterschiedlich. Die ständig wachsende institutionelle Gewalt verlangt jedoch, dass dringend Initiativen und Maßnahmen auf allen Ebenen ergriffen werden. Gewalt schockiert. Institutionelle Gewalt wirkt auf mich um so schockierender, weil mir klar ist, dass die Opfer dieser Gewalt wenig Chancen haben, sich selbst und ihre Rechte zu verteidigen.

Auch wenn diese Feststellung erschreckend klingen mag, ist diese Form der Gewalt gegen Menschen, die gewissen Institutionen und ihren MitarbeiterInnen anvertraut sind, nicht ungewöhnlich. In Institutionen untergebrachte Menschen laufen eher Gefahr missbraucht zu werden oder das Opfer von Gewalt zu werden als Bevölkerungsgruppen, die in Freiheit leben. Gewalt findet überall statt, aber auch in Krankenhäusern, Gefängnis-

sen und in anderen Einrichtungen. Es kann sich dabei um physische, psychische oder sexuelle Gewalt handeln. Zu den krassesten Formen institutioneller Gewalt zählen:

- Vernachlässigung – mangelnde oder unangemessene persönliche oder medizinische Pflege;

- physischer Missbrauch – Angriffe, rauer Umgang, unangemessene persönliche oder medizinische Betreuung, übermäßige Einschränkung, unangemessene Medikation, Einsperrung, Fixierung an Gurtenbetten;

- sexueller Missbrauch – Angriffe, verbale Belästigung, ungewollte sexuelle Berührungen, Vergewaltigung, erzwungene Abtreibungen und Zwangssterilisierungen;

- psychischer Missbrauch und Ausbeutung – psychische Grausamkeiten, Beschimpfungen, Diagnoseerstellung ohne Mitsprachemöglichkeit der Betroffenen, Stigmatisierung sowie finanzielle Ausbeutung und Ausbeutung der möglichen Arbeitskraft.

Es scheint kaum ein öffentliches Bewusstsein für institutionelle Gewalt zu geben – das liegt daran, dass in den meisten Ländern zuverlässige Fakten und Statistiken fehlen und dass diese Vorfälle kaum systematisch zu erfassen sind.

Institutionelle Gewalt am Beispiel Psychiatrie

Während einer Gerichtsverhandlung am 25. Mai 1976

*) Heidemarie Grübler ist Sozialpsychologin. Sie ist derzeit in der Deserteurs- und Flüchtlingsberatung engagiert, schreibt sozialpsychologische Beiträge für die Obdachlosen-Zeitschrift „Augustin“ und arbeitet im Kommunikationszentrum „Häferl“.

zitierte ein überzeugter Nationalsozialist, der österreichische Psychiater und gerichtlich beeidete „Sachverständige“ Dr. Heinrich Gross ein sogenanntes psychiatrisches „Gutachten“ aus dem Jahr 1944 ⁴. Die Geschichte des Friedrich Zawrel, der als Kind in die Mühlen der nationalsozialistischen Psychiatrie am Spiegelgrund geriet, und auch noch in den 70er Jahren mit einer diskriminierenden Diagnose und Prognose abgeteilt wurde, beschrieben Oliver Lehmann und Traudl Schmidt in ihrem Buch „In den Fängen des Dr. Gross“. Mit Zwangspsychiatrie drohen nicht nur alte Nationalsozialisten, wie Dr. Gross seinen Gegnern: „Sie können machen was sie wollen. Seien Sie nur vorsichtig, in der Psychiatrie ist es nicht so schön.“

Auch aus Kärnten ist ein Fall an die Öffentlichkeit gedrungen, dass ein „unerwünschter“ Mitarbeiter der Kärntner Landesregierung als „suizidal“ gefährdet in die Psychiatrie eingewiesen worden war und anschließend ein paar Wochen in einer geschlossenen Abteilung einer psychiatrischen Anstalt verbringen musste, obwohl gar keine reale Selbstmordgefahr vorzuliegen schien.

Ohne Unterstützung von außen scheinen viele PatientInnen gefährdet, der Willkür von Ärzten und Pflegepersonal gänzlich ausgeliefert zu sein: Statt gesund zu werden, verirren sich die meisten Insassen während ihres Aufenthalts in der Psychiatrie immer mehr in ein tiefes Gestrüpp von Angst, Ohnmacht, Selbstzerstörung und Vereinsamung. Sie erleben die psychiatrische Klinik als wahre Folterkammer, wo PatientInnen im besten Fall me-

dikamentös betäubt und im schlimmsten Fall durch Gehirnoperationen auch physisch zerstört wurden. Elektroschocks, Isolation, alle Formen des Entzuges der individuellen Selbstbestimmung scheinen während so mancher Klinikaufenthalte zum Alltag zu gehören

Es gibt verschiedenartige Situationen, in welchen Menschen in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen werden. Der Hauptgrund für eine Zwangseinweisung in die Psychiatrie wird aus Notsituationen begründet, z.B.: wenn „Gefahr in Verzug“ ist und nach Meinung eines Psychiaters oder eines Amtsarztes eine Einweisung wegen „Selbstgefährdung“ oder „Fremdgefährdung“ dringend geboten scheint. Gegen die Anordnung der Unterbringung kann die betroffene Person innerhalb von 14 Tagen eine Beschwerde einbringen. In einer derartigen Beschwerde können folgende Argumente vorgebracht werden:

- Das psychiatrische Gutachten kann angezweifelt werden. Dazu müsste ein Gegengutachten erbracht oder beantragt werden.
- Bevor es zu einer Einweisung kommt, müssten alle vorsorgenden, begleitenden und nachsorgenden Hilfen, wie Sozialpsychiatrischer Dienst usw., ausgeschöpft sein.

Freiheitsentziehende Maßnahmen

Nicht selten werden in der Psychiatrie PatientInnen massiv in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt: Sie werden am Bett oder am Stuhl festgebunden („fixiert“), durch Bettgitter ihrer Bewegungsfreiheit beraubt, im Zimmer oder auf der Station einge-

sperrt. Weiters werden auf sogenannten geschlossenen Stationen Türschließmechanismen verwendet, die nur durch Spezialschlüssel vom Personal bedient werden können. Freiheitsentziehende Maßnahmen und unterbringungsähnliche Maßnahmen sind nur bei Selbstgefährdung, Fremdgefährdung oder bei Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Einrichtung zulässig.

Für freiheitsentziehende Maßnahmen gelten die Grundsätze der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit. Ich möchte darauf hinweisen, dass auch im Fall einer öffentlich-rechtlichen Unterbringung, für sogenannte freiheitsentziehende Maßnahmen eine zusätzliche Genehmigung des Gerichtes einzuholen ist. Die Rechtsprechung dazu ist laut Winzen aber nicht einheitlich: Manche Gerichte schließen sich dieser Meinung an. Das gerichtliche Genehmigungsverfahren ist in allen Fällen gleich: Das Gericht muss sich einen unmittelbaren Eindruck von der untergebrachten Person verschaffen und diese persönlich anhören. Es kann in dringenden Fällen eine einstweilige Verfügung oder

Anordnung treffen. Das Gericht muss in seinem Beschluss die Höchstdauer der freiheitsentziehenden Maßnahme angeben. Eine freiheitsentziehende Maßnahme dürfte daher niemals den Charakter einer Strafe wegen eines Verstoßes gegen die Hausordnung oder dergleichen haben. Psychiatrie-Erfahrene wissen aber, dass es in der Realität oft genug anders aussieht. Die Einrichtung ist dazu verpflichtet, die freiheitsentziehenden Maßnahmen zu beenden, sobald diese nicht mehr notwendig sind. Was kann gegen freiheitsentziehende Maßnahmen unternommen werden? Im Falle einer zivilrechtlichen Unterbringung kann bei Gericht um Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Maßnahme angesucht werden oder auch die Patienten-anwaltschaft kontaktiert werden. Die Patienten-anwaltschaft sollte die Behandlung von Beschwerden, die Prüfung von Anregungen, die Aufklärung von Mängeln und Missständen, sowie die Abgabe von Empfehlungen zu deren Abstellung, die Erteilung von Auskünften sowie Beratung und Informationsweitergabe übernehmen.

1 frei : profil, 23/81; Seite 44

2 Rudolf Winzen: *Zwangspsychiatrie und Zwangsbehandlung in Deutschland*. in: Kerstin Kemper und Peter Lehmann: *Statt Psychiatrie*. Berlin: Antipsychiatrieverlag, 1993. S. 229.

3 vgl.: Rudolf Winzen: *Zwangspsychiatrie und Zwangsbehandlung in Deutschland*. in: Kerstin Kempker und Peter Lehmann: *Statt Psychiatrie*. Berlin: Antipsychiatrieverlag, 1993. S. 208 ff.

4 aus: Oliver Lehmann & Traudl Schmidt: *In den Fängen des Dr. Gross. Das misshandelte Leben des Friedrich Zawrel*. Wien: Czernin Verlag, 2001

Es sind nicht die USA

The importance of the Gulf War derives rather from the fact that it presented the United States as the only power able to manage international justice, not as a function of its own national motives but in the name of global right. (Hardt / Negri: Empire, S. 181). Every imperial war is a civil war, a police action [...] In fact, the separation of tasks between the external and the internal arms of power (between the army and the police [...]) is increasingly vague and indeterminate. (Hardt / Negri: Empire, S. 189)

Die monströsen Terroranschläge vom 11.9.2001 haben ein vermeintliches Zentrum des Weltkapitalismus getroffen. In Wirklichkeit ist es dabei nur um ein Symbol gegangen, das eher in islamischen und anti-imperialistischen Projektionen existiert als in der Realität. Das World Trade Center war zwar ein Ort, wo sich zufällig viele eher privilegierte Menschen aufgehalten haben, aber der Kapitalismus braucht heute keine festen Orte mehr und er besteht auch nicht in irgendwelchen Grenzen einer Nation.

VON ROBERT FOLTIN*

Die Welt ist dabei, sich zu verändern und das schon vor dem 11.9. Wir stecken jetzt in einem Übergang zu einer Weltkonstitution, die Nationalstaaten verlieren an Bedeutung. Es gibt kein Außen mehr, d.h. natürlich gibt es die Nichtstaaten wie Somalia und Sierra Leone (auch Afghanistan war bisher so ein Staat), wo es nur noch darum geht, das Chaos nicht nach außen schwappen zu lassen. Aber diese Ausnahmen bestätigen die Regel. Wir steuern auf eine Weltinnenpolitik zu, die im Interesse des Kapitalismus ist, aber noch keine Konstitution gefunden hat. Ein Symptom dafür ist die steigende Geringschätzung des auf Nationalstaaten bezogenen Völkerrechts. Wurde es im zweiten Golfkrieg 1991 noch formal eingehalten, konnte das „Empire“ (die aktuelle Form der gesellschaftlichen und – erst teilweise entwickelten – institutionellen Institutionen) 1999 Jugoslawien bereits ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Konventionen bombardieren. Krieg und Verwaltung folgte dann aus „moralischen“ Motiven, aufgeteilt zwischen militärischen, Verwaltungs- und NGO-Strukturen. Der militärische Einsatz erfolgte nicht aus irgendwelchen nationalen politischen und ökonomischen Interessen, sondern um Ordnung zu schaf-

fen, so wie die Polizei in einem aufständischen Ghetto agieren würde.

Was die USA von anderen westlichen Staaten noch unterscheidet, sind die militärischen Möglichkeiten, die noch aus der Führungsrolle im Kalten Krieg stammen. Insofern kommen nur sie als Weltpolizist in Frage. So spielten sie in den letzten „kriege-rischen“ Auseinandersetzungen (die aber immer stärker als Polizeiaktionen betrachtet werden können), eine dominierende Rolle. Was aber nicht heißt, dass sie nicht durch andere Mächte wie Europa (Deutschland) abgelöst werden können, wie jetzt teilweise in Jugoslawien.

Dieser größte Terroranschlag in Friedenszeiten hat den Blick ganz auf die USA geworfen. Der öffentliche Diskurs in Europa dreht sich dabei um zwei Themen: (1) wir sind alle betroffen (2) hoffentlich lassen sich die AmerikanerInnen nicht von der Rache hinreißen und wir EuropäerInnen müssen sie bremsen. Der erste Punkt trifft teilweise einen richtigen Kern, denn wir alle leben im Empire und ein Großteil der Menschen in Europa kann es sich vorstellen und kann es sich leisten, nach New York zu fliegen, um dort einen Wolkenkratzer zu besuchen. Der zweite Teil hat mit eu-

ropäischer Arroganz zu tun, so als ob es bei den durchschnittlichen ÖsterreicherInnen keine Rachegefühle und keinen Rassismus gäbe.

Jetzt gibt es den militärischen Schlag der USA und Großbritanniens mit (zum Großteil passiver) Unterstützung fast aller Staaten der Welt. Er wird wahrscheinlich mit Kommandoaktionen kombiniert und es ist unzweifelhaft, dass der Westen „gewinnen“ wird. Der Sieg des Westens wird aber ein Sieg sein, der zukünftige Konflikte verschärft oder erst produziert. Es werden sowohl neue antiamerikanische Ressentiments geschürt und neue TerroristInnen produziert, aber es werden auch Kräfte unterstützt werden, die kaum besser als die Taliban sind. Die „Lösung“ eines Problems wird jeweils dutzende neue schaffen. Es wird meistens das Gegenteil passieren, was die Rhetorik und der Medienchor behaupten – Jugoslawien läßt grüßen. (Trotz aller gegenteiligen Rhetorik hat der Westen die ethnische Fragmentierung beschleunigt, jetzt wird gerade Mazedonien, der vorletzte multinationale Staat aus dem ehemaligen Jugoslawien durch westliche Intervention ethnisch geteilt. Der letzte multiethnische Staat bleibt noch Jugoslawien mit Serbien und Montenegro.)

*) Robert Foltin ist immaterieller Arbeiter in der Kommunikationsbranche.

Es zeigt sich immer mehr, daß der Feind des Empire das Empire selbst ist. Die Hauptfeinde oder das „Böse“ sind nicht mehr außerhalb des Systems, wie im Kalten Krieg der Kommunismus mit seiner Subversion, sondern sie werden vom System selbst aufgebaut, und zwar entweder projiziert oder selbst bewaffnet und dann überflüssig und unkontrollierbar geworden.

Die Anschläge vom 11.9. werden eine Entwicklung in eine bestimmte Form der Machtausübung beschleunigen. Ganz egal wie der Krieg in Afghanistan ausgeht, es werden weltweit immer mehr internationale Truppen für Polizeiaktionen stationiert werden, wobei das nicht notwendigerweise die USA oder die NATO sein müssen, es kann sich auch um andere multinationale Institutionen wie die UNO oder die OSZE handeln. Dieser Terroranschlag hat gezeigt, dass auch die Metropolen in Zukunft nicht sicher sein werden (auch wenn die Reichen, die sich immer mehr einmauern, immer weniger betroffen sein werden als große Teile der restlichen Bevölkerung, der Anschlag auf das World Trade Center war bloß eine Ausnahme). Im Empire werden wir in eine Situation kommen, wo immer „Frieden“ herrscht, wo es aber keinen Tag ohne Krieg an irgendeinem Ende der Welt geben wird, wo SoldatInnen aller Bevölkerungen, eben auch der Metropolen beteiligt sein werden. Es wird kein feindliches Territorium mehr geben, aber zugleich wird die ganze Welt zu einem feindlichen Territorium, wo TerroristInnen jederzeit zuschlagen können. Das könnte dann der teilweise zitierte „dritte Weltkrieg“ sein. Da das Empire sich ja nicht selbst

als subversiven Feind darstellen kann, muss es einen Feind produzieren, der einerseits total schwach ist (um der Öffentlichkeit die Möglichkeit eines Sieges vorzugaukeln) zugleich aber übermächtig um Überwachung, Polizeiaktionen und militärische Einsätze rechtfertigen zu können.

Für die sozialen Bewegungen, die in letzter Zeit wieder stärkeres Gewicht bekommen haben (von der Anti-Regierungsbewegung in Österreich über Seattle bis Genua), ist das eine erschreckende Perspektive. Entwicklungen in Richtung Überwachungsstaat und rassistische Verschärfungen, die bisher nur schleichend eingeführt werden konnten, werden jetzt ohne großen Widerstand durchgesetzt. Teilweise hat es nicht einmal mit dem „Kampf gegen den Terror“ zu tun wie der so genannte „Integrationsvertrag“, der MigrantInnen zu Deutschkursen zwingt oder die Verschärfungen des Asylrechts. In Kriegssituationen ist es noch leichter, Feindbilder zu produzieren: einerseits sind das jetzt die Moslems, die AraberInnen, Kopftuchträgerinnen, AsylantInnen oder einfach anders Aussehende, andererseits sind es die „arroganten“ AmerikanerInnen (wenn es nicht überhaupt „die von der Ostküste“ oder „die Juden“ sind).

Jede Auseinandersetzung um soziale Bedingungen verschwindet in der Polarisierung des „Krieges“. Die eigenen Bedürfnisse werden im gemeinsamen „Kampf gegen den Terrorismus“ hintangestellt. Es ist zu erwarten, dass es nicht nur in Bezug auf Repression und Rassismus zu Verschärfungen kommt, sondern auch in Bezug auf soziale Bedingungen: Wie unwichtig erscheinen schlechtere Ar-

beitsbedingungen, mehr Ausgaben (z.B. Studiengebühren), Erwerbslosigkeit oder Einschränkungen der Sozialleistungen in Relation zum Schrecken des Krieges. Außerdem ist es leichter, wirtschaftliche Probleme nicht auf den Kapitalismus zu beziehen, sondern den Terror, den Feind, den Krieg im allgemeinen dafür verantwortlich zu machen.

Uns sollte es darum gehen, aus dieser Lähmung herauszukommen. Das bedeutet kurzfristig, gegen die Kriegsmaßnahmen Opposition zu zeigen, sich nicht in das Gut-Böse-Schema drängen zu lassen. Antiamerikanische Ressentiments begeben sich auf die gleiche Ebene der Feindbilder wie antiarabischer oder antimuslimischer Rassismus und verdecken das kapitalistische Herrschaftsverhältnis hinter den unbewusst positiv gesehenen Europäern (Deutschen). Das Empire ist weltweit und nicht die USA. Wir müssen uns gegen jede Vereinheitlichung und Unterordnung unter irgendeinen Kampf wehren. Jede Frontbildung für eine Seite, ob „gegen den Terror“ oder „gegen den Imperialismus“ ist fatal. Wir würden nur einen Kampf des Empire gegen sich selbst unterstützen.

Längerfristig müssen die Auseinandersetzungen außerhalb des Krieges geführt werden, auf der Ebene der Vielfalt der Bedürfnisse der Menschen weltweit. Vor den Anschlägen kämpfte in Argentinien die Bevölkerung gegen die Sparmaßnahmen der Regierung, in Bolivien sind die Kokabauern kurz vor einem Aufstand gestanden, in Südkorea wurde um Gewerkschaftsrechte gekämpft, in vielen Weltmarktfabriken des Trikont hat es Auseinander-

setzungen um gewerkschaftliche Organisation gegeben. Auch in Südafrika hat es Widerstand gegen Austeritätsmaßnahmen der Regierung gegeben und in Algerien haben kabyllische Jugendliche sowohl gegen die korrupte Regierung wie auch gegen die IslamistInnen rebelliert. Das sind nur einige der spektakulären Auseinandersetzungen, die ihren Niederschlag bis in die Medien der Metropolen gefunden haben. Daneben gibt es weniger auffällige Kämpfe von Homosexuellen in Südafrika, Zimbabwe, Ägypten und China. Frauen organisieren sich im Iran, in Indien und Bangladesh für kulturelle und soziale Verbesserungen. Und auch in den USA, Kanada, Europa und Australien hat sich seit Seattle eine Bewegung gebildet, die antikapitalistische Elemente in sich hat, ohne die Vielfalt und Verschiedenheit der Bedürfnisse an den Rand zu drängen. Und diese Vielfalt (diese Multitude) soll sich jetzt einer Vereinheitlichung im „Kampf gegen den Terror“ (oder auch gegen den Imperialismus) unterordnen?

In Österreich würden ebenfalls eine Reihe von Auseinandersetzungen anstehen, ob es um Arbeitsbedingungen geht, um Terror gegen Erwerbslose, um Studiengebühren etc. Es sollte doch möglich sein mit den antikapitalistischen Elementen der Bewegungen von Seattle bis Genua, von Bangalore bis Cochabamba zu einem neuen Internationalismus zu kommen. „Frieden und Brot“ waren die Parolen der revolutionären Bewegungen im ersten Weltkrieg.

Setzen wir die Vielfalt unserer Bedürfnisse gegen den Staat, gegen den Kapitalismus, gegen das Empire.

Schafft ein, zwei, viele Afghanistan...?

Der 11. September war ein Schock. In der Ermordung tausender Menschen in New York in den brennenden und einstürzenden Twin Towers realisierte sich, was vorher vielleicht Stoff von Filmen war, aber keinen Ort in 'unserer' Welt zu haben schien.

VON ROLAND ATZMÜLLER

Dabei geht es nicht darum, dass täglich irgendwo auf der Welt Menschen in kriegerischen Handlungen umkommen, sondern um eine neue (strategische) Situation. Und doch erschienen die Anschläge „logisch“, denn die Ingredienzien waren schon lange zuvor da und „warteten“ darauf, kombiniert zu werden: Hass auf die Macht der USA und ihre Symbole, Antisemitismus, Selbstmordattentäter, vollgetankte Flugzeuge, deregulierte Sicherheitskontrollen...

Und „logisch“ war auch der Gegenschlag. Das zeigten die Angriffe auf Kabul in der Nacht auf den 12. September. Weiße Striche in schwarzgrüner Nacht wurden auf CNN ohne Umschweife als Cruise Missiles identifiziert. Der Anschlag beendete ohne Umschweife die Krise, in die das „legitime Monopol physischer Zwangsgewalt des Staates“ in der Außenpolitik nach der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg sowie nach der weltweiten Friedensbewegung Anfang der 80er gekommen zu sein schien. Dies hatte die Entwicklung neuer Strategien der Kriegsführung (low intensity warfare, schnelle Eingreiftruppen) und ihrer Legitimation als humanitäre Interventionen notwendig gemacht. Diese werden nun vom Gegenschlag abgelöst. Der Anschlag auf die USA mit antisemitischen Vorzeichen hebelte daher auch aus, was vom traditionellen linken

Antimperialismus übrig geblieben war. Dieser wird durch den Triumph der Logik des Krieges nicht bloß zurückgedrängt, er wird desartikuliert und zerbricht als eigenständige, wie auch immer marginalisierte Position in den hegemonialen Konflikten um internationale Politik. Einige seiner Ideologeme werden zu frei floatierenden Signifikanten, die, ihrer Einbettung in den Gesamtzusammenhang einer realitätsnahen Kritik des Kapitalismus beraubt, mit beliebigen und daher auch rechts-extremen Diskursen verknüpft werden können. Rechte Diskurse erhalten daher nach den Anschlägen in doppelter Hinsicht massiven Auftrieb – eben durch den antisemitischen Kontext der Anschläge wie durch deren rassistische Lesart als Ausdruck eines Kampfes der Kulturen (an dem in einem Zirkelschluss natürlich wieder die USA und Israel schuld sind).

Nach dem Antimperialismus

Die besondere Qualität des Anschlages und die darauf folgende Reaktion der USA machen ein grundlegendes Überdenken der Formen linker Kritik an den globalen Verhältnissen, wie es etwa seit den 70ern im Begriff Antimperialismus und auch Dritte-Welt-Solidarität¹ zusammengefasst worden war, notwendig, soll eine grundlegende Antikriegsposition aufrech-

terhaltbar bleiben. Doch davon ist zur Zeit – zumindest hier in Österreich – nicht viel zu sehen. Das analytische Koordinatensystem bleibt unverändert. Das ist evident bei den explizit antimperialistischen Positionen. Welchen theoretischen Bezug diese auch herstellen, prinzipiell stehen auf der einen Seite die allmächtigen, imperialistischen Metropolen mit den USA an der Spitze den ausgebeuteten und unterdrückten Peripherien auf der anderen Seite gegenüber. Letztere würden durch die militärische Macht des Nordens, korrupte, von den Zentren gesteuerte lokale Eliten, wirtschaftliche Durchdringung oder kulturimperialistische Unterdrückung unterjocht und freier Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Das Resultat sind Hunger, Not und Elend, permanente Kriege, diktatorische Regime und die Unterdrückung der „revolutionären Impulse“ der Massen, Arbeiter und Bauern, ausgebeuteten Völker, etc.² In dieser Argumentation muss jede Politik, die sich gegen die Interessen der Zentren manifestiert, als „irgendwie antimperialistisch“ und damit widerständig erscheinen. Daher erscheint das Attentat diesem Verständnis im Extremfall als Ausdruck des „kämpfenden Islam“, zumindest aber als mehr oder weniger „logische“ Folge von Not und Elend und der ausbeuterischen Weltordnung, und damit als

Ausdruck der Verzweiflung darüber.

Wer jedoch die in den westlichen Medien vorgeführte (und insofern mit Vorsicht zu behandelnde) Freude über die Anschläge in vielen arabischen Staaten als Ausdruck „antiimperialistischer“ Impulse oder Ergebnis von Verzweiflung sieht, kleidet den eigenen (paternalistischen) Rassismus gegenüber dem Orient in emanzipatorische Rhetorik, da er die arabischen Bevölkerungen für unzurechnungsfähig und irrational erklärt, weil sie sich von Armut und Not dazu treiben ließen, den reaktionären Kräften ihrer Gesellschaften und ihren Aktionen Zustimmung zu verleihen. Natürlich streift diese Einschätzung einen richtigen Zusammenhang zwischen einerseits Verelendungsprozessen und politischer Unterdrückung und andererseits der Stärke reaktionärer Bewegungen, wie etwa den Islamismus. Nur führt eben ersteres nicht zu letzterem, sondern untergräbt ersteres den notwendigen Widerstand gegen reaktionäre Bewegungen in den alltäglichen Lebensweisen und den politischen Auseinandersetzungen. Daher sagen diese Sichtweisen mehr über die gesellschaftliche Position hochgebildeter MetropolenbewohnerInnen und deren Verhältnis zu den „Elenden und Ausgebeuteten“ aus, welches letztlich auf Entmündigung und (avantgardistische) Führung letzterer durch die bessere (weil imperialismuskritische) Elite hinausläuft³.

Diese Zusammenhänge zu übersehen läuft tatsächlich Gefahr, sich auf die Seite der AntiantiimperialistInnen im Süden zu stellen. Er erkennt deren, in den Attentaten

kommunizierten Führungsanspruch über die „Massen“ und den damit verbundenen Willen zur Unterdrückung von Frauen, Homosexuellen, Andersgläubigen, sozialrevolutionären Bewegungen und zur Feindschaft gegen Israel.

Statt dem Antiimperialismus?

Wenn aber die traditionelle antiimperialistische Position an der in den Anschlägen sich manifestierenden qualitativ neuen Situation bricht, wie ist dann eine linke Position gegen den Krieg möglich jenseits eines moralisierenden Pazifismus, der spätestens dort scheitert, wo er keine Antwort auf die Frage weiß, wie das Leid und die Unterdrückung der Menschen in Afghanistan zu lindern ist, wie diejenigen, deren Leben von Selbstmordattentätern bedroht ist, zu schützen sind? Ich möchte dies gerade in Auseinandersetzung mit einigen Positionen aus dem anti-deutschen Spektrum versuchen, welche explizit und implizit auf eine prinzipielle Begrüßung von „US-amerikanischen Militärschlägen gegen islamische Zentren“⁴ hinauslaufen.

Die Begrüßung von Militärschlägen, die „wehtun“ sollen, wird mit der Betonung des besonderen Charakters des Islams bzw. des Islamismus begründet, welcher sich in den Anschlägen in New York und Selbstmordattentaten in Israel offenbart habe. Dieser liegt v.a. in einem eliminatorischen Antisemitismus, dem es um die Vernichtung und Ermordung einer möglichst großen Zahl von Menschen geht und der darüber den Zusammenhalt der arabischen Gesellschaften herzustellen versucht. Auf dieser Grundlage wird eine qualitative Vergleichbarkeit des

Islamismus mit dem Nationalsozialismus und der Shoah argumentiert und oftmals über Analogien zu begründen versucht⁵. Da der Islamismus als „negative Aufhebung des Kapitals“ jede Möglichkeit der Befreiung, wie sie in der bürgerlichen Zivilisation angelegt sei, verunmöglicht, sei dieser nur noch von außen militärisch zu brechen.

Es soll und kann hier nicht darum gehen, diese Kritik am Islamismus⁶ zurückzuweisen, dessen Antisemitismus schön zu reden oder in der Einschätzung der Anschläge gar abzuleugnen. M.E. handelt es sich um ein theoretisches Missverständnis, wenn als Antwort auf die Analyse des antisemitischen Charakters der Anschläge darauf verwiesen wird, dass dies, solange über die Motive der Attentäter und ihrer Hintermänner nichts bekannt sei, unzulässig sei. Selbst wenn angenommen werden kann, dass Organisationen wie Al-Qaida zwischen der USA und Israel unterscheiden können und deren unmittelbare strategische Überlegungen zu den Anschlägen andere als antisemitische gewesen sein mögen, so scheint sich in der ideologischen Formierung des Islamismus über den Antisemitismus zumindest eine seiner wesentlichen Charakteristiken zu manifestieren.

Die Differenz zur obigen Position soll jedoch an zwei Punkten aufgemacht werden.⁷ Diese bezieht sich zum einen darauf, ob es sinnvoll ist, eine qualitative Vergleichbarkeit zwischen Nationalsozialismus und Islamismus⁸ zu argumentieren, und zum anderen insbesondere, wie die daraus gezogenen Schlussfolgerungen über eine notwendige militärische Antwort auf

die Anschläge und die Bedrohung der Zivilisation einzuschätzen sind.

Selbst wenn der theoretische Zusammenhang, in den die skizzierten Positionen den Islamismus zu stellen versuchen, diese Vergleichbarkeit logisch zur Folge hat, muss doch noch einmal an die Vorbehalte erinnert werden, die gerade auch aus antideutscher Perspektive, gegen ein derartiges Unterfangen und der damit verbundenen Gefahr einer Relativierung aufgrund der Singularität des Nationalsozialismus und der Shoah vorgebracht wurden. Dies gilt auch hier, ist doch der Verweis auf Ähnlichkeiten islamistischer Regime mit dem Faschismus – was anderswo meist Nazideutschland bedeutet – mit Blick auf internationale Diskussionen kein Spezifikum dieser Position. Kann man tatsächlich davon ausgehen, dass dieser Bezug auf die Shoah hier zufällig mal richtig liegt, oder wäre es nicht besser, die Kritik an der Vergleichbarkeit aufrecht zu erhalten und sie auch im gegenwärtigen Fall nicht durch eine neue Argumentation auszuhebeln. Auch die skizzierten Argumentationen sind vor dekontextualisierter Verwendung nicht gefeit, wie ja auch den angesprochenen Positionen durchaus bewusst zu sein scheint. Darin kann wohl der Grund verortet werden, warum Analysen, die etwa auf die Ausbildung und Ausrüstung der Mudschaheddin durch die CIA im Kampf gegen die Sowjet Union hinweisen, zurückgewiesen werden. Wäre derartiges nämlich unter den Bedingungen einer behaupteten Vergleichbarkeit zulässig, könnte selbiges auch in der Analyse des Nationalsozialismus vorgenommen werden.

Dazu kommt m.E. noch, dass gerade der polemische Gehalt dieser als Kritik an weiten Teilen der Linken aufgelegenen Position zunehmend zu den ursprünglichen Intentionen der Kritik des Antisemitismus quer liegt (Schutz Israels, Erarbeitung kritischer Konsequenzen aus der Shoah...). So wird die inhaltliche Auseinandersetzung zunehmend durch polemischen Distinktionsgewinn ersetzt, wozu dann auch passt, dass der bahamas „anti-antisemitische Hysterisierung“ oder „Instrumentalisierung des Antisemitismus“ vorgeworfen wird, wie dies etwa Ernst Lohoff (jungle world 48/2001) oder Stefan Bronowski (Volksstimme 45/2001) tun. Dies stellt eine Übernahme rechter Topoi dar, die sich auf verkehrte Weise zum bedrohten Objekt der kritischen Auseinandersetzungen um den Antisemitismus macht. Die Polemik mag sich darin zwar bestätigt sehen, mögliche Einwände, die bspw. darin bestehen könnten, welche Konsequenzen diese antisemitismuskritische Theorie für die vom Antisemitismus Betroffenen haben könnten, werden aber verstellt.

Etwas anderes als Krieg...

Problematischer erscheint mir jedoch, dass die Einschätzung des Islamismus eine Legitimation der militärischen Antwort zur Folge hat. M.E. öffnet man damit die eigene Argumentation einem autoritären Politikbegriff, der sich der an Carl Schmitt orientierten Scheidung von Freund und Feind annähert⁹. Diese Interpretation wird durch eine Rhetorik gestützt, die rechte Ideologeme zur Begründung einer repressiven und militärischen Antwort auf terroristische Angriffe heranzieht

und KritikerInnen all zu schnell die Behauptung des Gegenteils unterstellt. So wird die „zielgenaue und konsequente Verfolgung (Andreas Küntzel) der Jihadisten zum Maßstab der Kritik an der Nato, wird eine militärische Antwort mit dem „alten Grundsatz, dass Terror sich nicht auszahlen dürfe“ (Antideutsche KommunistInnen, www.trend.partisan.net), begründet, wird vom „Recht auf Selbstverteidigung“ (Andrea Albertini) gesprochen und der aus der Terrorismusdebatte der 70er bekannte Vorwurf der „klammheimlichen“ Freude wieder aufgewärmt und wird Kritik an der militärischen Antwort der USA als Forderung verstanden, auf den durch die Terroristen erklärten Krieg, „Schwäche zu zeigen“, „die doch allein Terror nach sich ziehen würde“ (bahamas).

Diese Position lässt Antifaschismus als Krieg erscheinen, in der Annahme, dass sich so die klarste aller Frontstellungen zum Faschismus ausdrücke. Zweifelsohne war die kriegerische Niederwerfung des Nationalsozialismus eine historisch notwendige Bedingung seiner zumindest zeitweiligen Zurückdrängung. Gleichzeitig bestand aber darin auch ein Teil seines Triumphes, zwang er damit seinen Gegnern doch seine Logik auf. Daher ist hier eine der zentralen Differenzen zur diskutierten Position aufzuzeigen. Auch wenn die Kritik am Islamismus hier nicht zurückgewiesen werden kann, ist es m.E. doch weiterhin Aufgabe linker Kritik, auf die Notwendigkeit und Möglichkeit anderer politischer Lösungen und Formen der Bekämpfung der Entwicklungen im arabischen Raum hinzuweisen. Die strategische

Situation im nahen und mittleren Osten kann nicht mit dem Europa des deutschen Vernichtungskriegs und der Shoah verglichen werden, und es ist immer noch die Frage zu stellen, wie umfassend ein eliminatorischer Antisemitismus die arabischen Gesellschaften erfasst hat. Immerhin geht es darum, ob tatsächlich akzeptiert werden muss, dass nur noch ein kriegerischer Angriff die Antwort auf die wahrgenommene Bedrohung sein kann, und ob auf Verdacht bombardiert werden soll. Daher sind weiterhin andere als militärische Möglichkeiten aufzuzeigen, um gegen den Islamismus vorzugehen und seine Macht über die arabischen Bevölkerungen zu brechen, um emanzipatorische Perspektiven zu eröffnen. Es geht daher nicht um Neutralität, sondern um die Subversion der in der Kriegslogik immanenten Homogenisierung der Welt in Freund und Feind, wie sie gerade auch durch die Anschläge zum Ausdruck gebracht wurde.

Gerade wenn es um das Offenhalten der Möglichkeiten gesellschaftlicher Emanzipation geht, ist eine Kritik an der Kriegspolitik notwendig, bedeutet Krieg nach Carl Schmitt doch die Fähigkeit zur Entscheidung zur Tötung anderer wie zur Möglichkeit des eigenen Todes.

Die Linke müsste daher die Herstellung der Kriegsfähigkeit bürgerlicher Gesellschaften als Form hegemonialer Politik in den Blick nehmen, in der um die aktive Zustimmung zur gewaltförmigen Panzerung der hegemonialen Verhältnisse und den Willen zur Teilnahme an Repression und Krieg durch die Bevölkerung gerungen wird. Oder andersrum, die

zeitweilige Zurückdrängung des Faschismus in den deutschsprachigen Gesellschaften hatte zwar seine militärische Niederschlagung als Bedingung, doch ihre Basis lag in der hegemonialen Durchsetzung einer anglo-amerikanischen Kulturrevolution aus Hedonismus, Subkultur und Protestbewegungen in der Zivilgesellschaft seit den 50ern und 60ern.

Linker Widerstand gegen Islamismus wäre daher auf der Ebene der Zivilgesellschaft, wo dieser sich ja auch durchgesetzt hat, sowohl als Unterstützung oppositioneller Bewegungen und Lebensweisen vor Ort zu führen, wie in den Metropolen als Opposition gegen rassistische Sicherheitspolitik.

...aber was?

Not tut daher ein Überdenken der linken Kritik an den globalen Verhältnissen. Die Entwicklungen im arabischen Raum machen ein fundamentales Überdenken der binären Gegenüberstellung eines imperialistischen Zentrums und einer dazu wie auch immer in Opposition stehenden Peripherie, wie dies für die politisch-strategisch begründete Position des Antiimperialismus nach 1945 charakteristisch war, notwendig? Immerhin existierte etwa vor dem 1. Weltkrieg auch ein Verständnis des Imperialismus (bspw. bei Rosa Luxemburg oder auch Lenin), welches die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Staaten hervorhob. Natürlich haben sich seitdem die Verhältnisse geändert. Auch gilt erstere Konzeption für weite Teile der Welt und insbesondere auf ökonomischer Ebene immer noch, wie etwa die Auseinandersetzungen um die Globalisierung zeigen. Doch



darf deswegen nicht übersehen werden, dass es sehr wohl zur Formierung eigenständiger machtpolitischer, ideologischer und ökonomischer – also imperialistischer – Interessen in den halbentwickelten Regionen des Trikonts – also etwa im arabischen Raum – kommen könnte. Dass diese über Religion erfolgt, sollte aufgrund der Bedeutung der protestantischen Ethik für die Entwicklung des Kapitalismus niemand verwundern und dass diese in seiner reaktionären Ausprägung über den Antisemitismus kriegsfähig wird, ebenfalls nicht. Die Reaktion auf den Anschlag vom 11.09. ist daher keine Niederschlagung „anti-imperialistischer Impulse“ im Süden. Die radikal islamistischen Gruppen versuchen, mit Antiamerikanismus und Antisemitismus ihre hegemoniale Position in den arabischen Gesellschaften zu kitten. In den „Metropolen“ geschieht dies über einen anti-arabischen und antimuslimischen Rassismus, den anzugreifen die zum gegenwärtigen Zeitpunkt wohl notwendigste Strategie gegen den

Krieg wäre.

Flucht und Migration sind Formen der Menschen, sich der kriegsförmigen Herrschaftssicherung durch die herrschenden Klassen zu entziehen. Flucht und Migration gerade aus Afghanistan und Pakistan, aber auch anderen Ländern mit starken radikal-islamistischen Bewegungen sind u.a. auch Ausdruck der „antiimperialistischen Impulse“ der dortigen Bevölkerung. Warum galt die Situation von Frauen in Afghanistan nicht als Fluchtgrund, warum wird wegen der „islamischen Gefahr“ das Asylrecht weiter verschärft? Der antirassistische Kampf für offene Grenzen, gegen die Illegalisierung von Menschen und für die Unterstützung emanzipatorischer Bewegungen ist daher notwendiger Ausgangspunkt einer erneuerten Linken.

Denn die weitere Verschärfung des europäischen Migrationsregimes, die rassistische Begründung einer Reorganisation der Sicherheitspolitik, so erwartbar sie nach dem 11.09. waren, sind Teil des Krieges, der nun geführt wird.

- 1 Zu den Dritte-Welt-Soli-Bewegungen vgl.: Balsen, Werner und Karl Rössel: (1986) *Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt Bewegung in der Bundesrepublik*, Köln. Einen sehr konzisen Überblick über kritische Theorien zum Imperialismus gibt etwa: Brewer, Anthony: (1989) *Marxist theories of Imperialism. A critical survey*, London/New York.
- 2 Es ist erstaunlich, wie wenig bislang die Kritik an der „anti-imperialistischen“ Bezugnahme auf Völker und Nationen in diesen Konzepten angekommen ist. Selbst wenn etwa der Begriff „Volk“ in anderen kulturellen Zusammenhängen und Traditionen nicht notwendigerweise eine völkischen Bezug haben muss, werden einerseits mit seiner Verwendung tendenziell die Machtstrukturen in den jeweiligen Gesellschaften, durch die bestimmte Gruppen sich erst als Volk artikulieren, ausgeblendet. Andererseits wird in der unkritischen Verwendung in den hiesigen politischen Auseinandersetzungen der ideologische Gehalt des Volksbegriffs im deutschen Sprachraum, der ein völkischer, an der Abstammung orientierter (*ius sanguinis* - Recht des Blutes) ist, negiert.
- 3 Diese Einschätzung der Ursachen des Massenzuspruchs zu rechter und faschistischer Politik findet sich auch in der Analyse des Erfolgs rechtsextremer Parteien in Europa. Ihr erscheint die nach klassen- und geschlechtsspezifischen Kriterien gesplante Bevölkerung diffus und unterschiedslos als Masse, die von umsichtigen Eliten zu kontrollieren und zu lenken ist
- 4 vgl. exemplarisch *bahamas* 36/2001.
- 5 So schreibt bspw. Andreas Küntzel (konkret 11/2001): „Wie Hitler einst „einen neuen Sozialstaat von höchster Kultur“ angekündigt hatte, so will die „antikapitalistische“ Rebellion der Džihadisten die „umfassende Weltsicht des Islam“ durch eine von Zins und Gewinnsucht „gereinigte“ Ökonomie verwirklichen.“ *Bahamas* stellt fest (*bahamas* 36/2001: 31): „Es ist hier ein zur Vernichtung entschlossener Antimetismus am Werk - darin seinem nationalsozialistischen Vorbild auf qualitativer Ebene durchaus ebenbürtig -, der die Wahl- und Maßlosigkeit des palästinensischen Massenmordens begründet. In dieser Hinsicht kommt momentan dem Koran eine ähnliche Rolle zu wie seinerzeit Hitlers Machwerk „Mein Kampf“ in Deutschland.“
- 6 Wobei im Kontext der dargestellten Argumentation insbesondere dort ein Problem liegt, wo die Begrifflichkeit zwischen Islam und Islamismus zu verschwimmen droht. Bei aller Notwendigkeit, linke Religionskritik zu erneuern, ist dies im Kontext behaupteter qualitativer Vergleichbarkeit zum Nationalsozialismus wenig hilfreich.
- 7 Es wäre u.a. einiges zum polemischen Tonfall diverser Texte aus diesem Spektrum und zum durchscheinenden theoretischen Selbstverständnis zu sagen, dazu ist hier aber nicht der Platz.
- 8 Mensch mag über den semantischen Gehalt des zu dieser Frage oftmals geäußerten „Gleichsetzungs“-vorwurfs geteilter Meinung sein, Verteidiger der dargestellten Positionen sollten ihre KritikerInnen jedoch nicht für dumm halten und dies als Behauptung einer unterstellten Identität zwischen Nationalsozialismus und Islamismus missverstehen.
- 9 Carl Schmitt: (1963) *Der Begriff des Politischen*.

Europäische Identität und Islam

Nicht einmal zehn Jahre nachdem Samuel Huntington begonnen hat, den „Kampf der Kulturen“ herbeizuschreiben, sehen ZeitungskommentatorInnen in Europa und den USA diesen in den Terroranschlägen gegen die USA und den aktuellen Krieg der USA und ihrer Verbündeter gegen Afghanistan als verwirklicht an. Dabei wird die Analyse wirtschaftlicher und politischer Interessen und Strukturen verworfen und ein kulturalistisches Konzept verfolgt, das nicht Analyse, sondern Teil des Problems selbst ist.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Huntington und seine ideologischen SchülerInnen haben jedoch nichts Neues erfunden, sondern nur ein Kulturkonzept übernommen und für die Jahrtausendwende formuliert, das die europäische Geschichte der letzten 1.400 Jahre als Konstante durchzieht. Das Konzept einer „westlichen Wertegemeinschaft“ ist nichts anderes als die säkularisierte Variante des „christlichen Abendlandes“. George Bushs Feldzug gegen „das Böse“ ist nicht weniger von religiösem Sendungsbewusstsein geprägt wie die Kreuzzüge des europäischen Mittelalters, die mit den Kreuzfahrerstaaten des Nahen Ostens nicht nur die ersten europäischen Kolonien einbrachten, sondern „nebenbei“ auch noch gleich genutzt wurden, um auf dem Weg nach Jerusalem Jüdinnen und Juden zu erschlagen.

Vor der Ausbreitung des Islams im siebten Jahrhundert unserer Zeitrechnung gab es kaum eine Vorstellung von „Europa“ oder einem „christlichen Abendland“.

Obwohl der Begriff „Europa“ älter ist als das Christentum, meinte er bis zum Aufkommen des Islams bestenfalls eine sehr ungenau definierte geographische Region. Der Begriff hatte fast ausschließlich als regionale Bezeichnung des heutigen Griechenland, Bulgarien und der europäischen Türkei gegenüber der römischen Pro-

vinz Asien (heutiges Anatolien) eine Bedeutung.

Der Mittelmeerraum hatte bis zur islamischen Eroberung Syriens, Ägyptens und Nordafrikas wesentlich mehr Verbindendes als Trennendes. Die Eroberung dieser Länder durch den Islam hinterließ unter den späteren orthodoxen und katholischen Christen des byzantinischen Reiches und der anderen christlichen Staaten einen gewaltigen Schock. Während die christlichen BewohnerInnen Syriens und Ägyptens die neuen Herrscher überwiegend als Befreier begrüßten – zu sehr hatte die orthodoxe, byzantinische Reichskirche die Angehörigen der alten orientalischen Kirchen als Ketzer verfolgen lassen (SCHWEIZER, 1998: 66) und die jüdische Bevölkerung als „Gottesmörder“ unterdrückt – war für das christliche Europa plötzlich ein Kernland des frühen Christentums verloren gegangen.

In der Abgrenzung gegen diese neuen Herren Syriens und Ägyptens entsteht nun als Gegenallianz zum Islam der Begriff vom „christlichen Abendland“. Und damit beginnt auch die Orientalisierung des Orients, denn wie jede vorgestellte Gemeinschaft konstituiert sich auch dieses Europa als „christliches Abendland“ primär in der Abgrenzung zu jenen, die nicht zu diesem Europa zählen. Europa wird durch

die Konstruktion eines Gegenbildes, eines Orients als Antithese zu sich selbst konstruiert.

„Orientalism is never far from what Denys Hay has called the idea of Europe, a collective notion identifying „us“ Europeans as against all „those“ non-Europeans, and indeed it can be argued that the major component in European culture is precisely what made that culture hegemonic both in and outside Europe: the idea of European identity as a superior one in comparison with all the non-European peoples and cultures.“ (SAID, 1979: 7)

Erst mit der Übernahme der Herrschaft des Islams als politisches System – und damit ist noch lange nicht die Übernahme der Religion gemeint – in Nordafrika und den Ländern des fruchtbaren Halbmondes, entstand die Möglichkeit des christlichen „Europas“ sich anhand seines Gegenbildes selbst zu konstituieren. „Der Orient“ wurde zum Gegenbild „des Okzident“. Und so waren denn auch die Kreuzzüge gegen die Muslime in Syrien / Palästina und in Andalusien die ersten gemeinsamen Kriege, die diese neue vorgestellte Gemeinschaft der „Europäer“ führte und sie weiter zusammenschweißte, gleichzeitig aber auch NichtchristInnen verstärkt aus dieser Gemeinschaft drängte. Schließlich richteten sich die Kreuzzüge insbesondere auch gegen die europäischen Jüdinnen und Juden, die den Massakern der marodierenden Kreuzritter-Banden zu Tausenden zum Opfer fielen.

Die Konstruktion der Gemeinschaft „der Europäer“ über den Krieg gegen Muslime, Jüdinnen und Juden ist denn auch der Grund, war-

um heute noch der bei liberalen wie konservativen österreichischen KatholikInnen beliebte Kardinal Franz König in der Festschrift zum Österreichischen EU-Vorsitz feststellen kann: „Die Soldaten des Karl Martell, die im Jahr 732 in der Schlacht von Tours und Poitiers die Araber besiegten, hießen bereits „Europäer“. (KÖNIG, 1998: 22)

Tatsächlich war es diese Abgrenzung, waren es diese Schlachten gegen den Islam, die die Idee Europas als „christliches Abendland“ entstehen ließen. So kann sich Kardinal König denn auch darüber freuen, dass „als Fortsetzung des „Imperium Romanum“ [...] jene „Civitas Dei“ [wuchs], die in der Kaiserkrönung Karls des Großen in Rom im Jahre 800 als „Pater Europae“ ihren sichtbaren Höhepunkt erfuhr.“ (KÖNIG, 1998: 22)

Die christlichen Hierarchien Europas sahen im Islam abwechselnd eine christliche Häresie oder ein Heidentum. In beiden Fällen war es mit allen Mitteln zu bekämpfen. „Wie Gott Heuschreckenplagen und anderes Ungemach zur Strafe für sündhaftes Handeln geschickt hatte, so sandte er nun die Sarazenen zur Prüfung, die es zum Beweis der rechten Glaubensstärke zu bestehen galt.“ (ROTTER, 1993: 53)

Es gab unter den „EuropäerInnen“ jener Zeit zwar „neben den „Taufe oder Tod“ predigenden Kriegstreibern wie z.B. Bernhard von Clairvaux auch die sanfteren, um Mäßigung nachsuchenden und um Ausgleich bemühten Stimmen“ (ROTTER, 1993: 55), diese wurden aber weitgehend überhört oder sogar für ihr

Bemühen um Verständigung selbst verfolgt.

Die Konstruktion des „Orients“ als Gegenbild zu Europa wurde über Jahrhunderte hinweg vor allem auf zwei Ebenen versucht: auf der Ebene der Gewalt und jener der Sexualität.

Dem Islam wurde von allem Anfang an bis heute seine angebliche Gewaltbereitschaft vorgeworfen. Insbesondere aus der Tatsache, dass der Islam im Gegensatz zum Christentum von Anfang an auch politisch erfolgreich war, also ein Staatswesen errichten konnte, wurde geschlossen, ihm läge eine Gewaltbereitschaft inne, die das ach so friedliebende Christentum missen ließe.

Das islamische Staatswesen hatte selbstverständlich, wie alle Staatswesen, von Anfang an auch eine Staatsgewalt mit Militär, Rechtssystem, etc. zur Verfügung. Und natürlich war diese Staatsgewalt auch von Anfang an – auch militärisch – expansiv. Nur trifft dies eben genauso für das Christentum zu, hatte es sich einmal irgendwo der Staatsgewalt bemächtigt.

„Die Vorstellung, der Islam sei „mit Feuer und Schwert“ verbreitet worden, hat sich in West- und Mitteleuropa bis in die Gegenwart gehalten.“ (HEINE, 1996: 23) Besonders dort wo das „christliche Abendland“ direkt an die islamische Welt grenzte, wurde die Beschäftigung mit den expansiven Momenten des Islams betrieben. Im Allgemeinen wurde dabei „aus christlicher Sicht kein Unterschied gemacht zwischen der militärischen Expansion, die in der Tat zu einer beträchtlichen Ausbreitung des Islams auch als politischen und juristischen Sy-

stems führte, und einem Religionswechsel vom Christentum hin zum Islam. In der Realität erfolgte ein derartiger Religionswechsel in der Regel nicht im unmittelbaren Sog der militärischen Expansion.“ (HEINE, 1996: 23)

Teilweise verbreitete sich der Islam als Religion erst viel später in den islamisch beherrschten Gebieten – Ägypten oder Syrien waren noch Jahrhunderte nach ihrer Eroberung mehrheitlich christlich –, teilweise eilte der Religionswechsel aber auch dem politischen System voraus. In Ungarn gab es etwa schon lange vor der Eroberung des Balkans durch die Osmanen islamische Gemeinden. „Während des ganzen Mittelalters hatten die Ungarn mit dem Islam als einer Randscheinung zu tun.“ (BALIC, 1995: 23) Und trotz harter antiislamischer Maßnahmen finden wir noch kurz vor der Eroberung durch die Osmanen im „14. Jahrhundert [die] Erwähnung von Musli-

men im ganzen Donau-becken: in Ungarn, Sirmien, Nordserbien, der Walachei und der Dobrudscha.“ (BALIC, 1995: 24)

In den ersten Jahrzehnten islamischer Expansion wurden die Muslime oft von Christen und Juden um Hilfe gerufen. Die Mehrheit der Bevölkerungen des Mittleren Osten waren nämlich Angehörige altorientalischer Kirchen (Kopten, Monophysiten, Nestorianer,...), die von der orthodoxen Reichskirche Byzanz verfolgt wurden. Für die Mehrheit der Bevölkerung Ägyptens, Syriens und des Iraq waren die muslimischen Eroberer Befreier vom Joch der byzantinischen Herrschaft. Für die koptischen, armenischen, monophysitischen und nestorianischen Christen und die jüdischen Gemeinschaften des Mittleren Osten brachte die islamische Herrschaft vorerst eine relativ größere Freiheit gegenüber dem vorhergehenden Zustand.





In späteren Jahrhunderten erlebte der Islam seine großen Erfolge in der Mission Afrikas und Südasiens primär durch Händler und friedliche Mission. Die Idee der Verbreitung des Islams „mit Feuer und Schwert“ hat also wesentlich mehr mit einem europäischen Mythos zu tun als mit geschichtlicher Realität.

„Besonders eindrücklich wandten sich die abendländischen Kritiker des Mittelalters gegen die Djihad-Vorstellungen des Korans.“ (HEINE, 1996: 22)

Dem liegt primär eine (bewusste?) Falschübersetzung des Begriffes „Gihad“ (Djihad, Jihad) zugrunde. „Gihad“ meint nämlich „Anstrengung, starkes Bemühen“ und kann ganz unterschiedliche Dinge bezeichnen. Selbst zwischen den verschiedenen Rechtsschulen und Sekten des Islam wird der Begriff unterschiedlich gedeutet.

In den sunnitischen Rechtsschulen wird meist

zwischen einem inneren und äußeren Gihad unterschieden. Der „innere Gihad“ ist dabei der Kampf zwischen „gut“ und „böse“ im Inneren eines Menschen. Diese Form des Gihad wird als die entscheidende begriffen. Der „äußere Gihad“ wird hingegen als Schutz der islamischen Gemeinschaft, der Umma, und des „dar al-Islam“, des Islamischen Landes begriffen.

Wann nun diese Form des Gihad eintritt, ist eine heftig umstrittene Frage in der islamischen Philosophie und Rechtslehre. Sie ist durchaus vergleichbar mit der christlichen Debatte um den „gerechten Krieg“ und die meisten Positionen islamischer Gelehrter nähern sich auch jenen an, die der offizielle römisch-katholische Kirchenphilosoph Thomas von Aquin für seinen „gerechten Krieg“ entwarf. (HAESE, 1991: 126 f)

Auf keinen Fall ist der „Gihad“ ein Angriffskrieg gegen nichtmuslimische Bevölkerungen. Er ist immer eine Verteidigung des „dar al-Islam“ gegen das „dar al-harb“, also gegen nichtislamische Staaten.

Trotzdem wurde und wird der Gihad-Begriff in Europa benutzt um die „Gewalttätigkeit“ des Islam zu „beweisen“.

Mit der Entkolonialisierung und der Entstehung neuer, islamisch geprägter Staaten in Nordafrika und im Mittleren Osten traten muslimische Politiker wieder an das Licht der Weltöffentlichkeit. Trotzdem wurde jahrzehntelang in Europa kaum von einer „Islamischen Gefahr“ gesprochen. Anschläge palästinensischer Befreiungsbewegungen wurden immer „Arabern“ zugeordnet, nicht

aber „Muslimen“. So überwogen bis in die Achtzigerjahre hinein antiarabische Stereotypen im rassistischen Diskurs Europas, antiislamische Stereotypen blieben jedoch auf christliche IntegralistInnen beschränkt.

Erst in der Folge der islamischen Revolution im Iran gelang es wieder „den Islam“ zu einer viel diskutierten „Gefahr“ für Europa zu machen. Selbsternannte „Experten“ wie Gerhard Konzelmann oder Peter Scholl-Latour spielten in der Aufbereitung dieses neuen, alten „Feindbild Islam“ eine ebenso wichtige Rolle, wie der beliebte US-Propagandafilm „Nicht ohne meine Tochter“.

Peter Scholl-Latour konnte in den Achtziger- und Neunzigerjahren nicht nur mit Bestsellern auf dem Buchmarkt das deutschsprachige Publikum mit „Argumenten“ gegen den Islam beliefern, sondern auch über öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten. Scholl-Latour suggeriert „in seinem vierteiligen Fernsehfilm *Das Schwert des Islam* (ZDF), die Einwanderung von Arbeitern und Arbeitssuchenden nach Frankreich sei ein Teil einer Zangenbewegung, die Europa von Osten her, aus den Steppen, als „neuer Tatarensturm“ – so der Titel der vierten Folge – bedrohe. Dagegen helfe nur ein „Bündnis der weißen Menschheit“ – der Islam als finsterner äußerer Feind.“ (HALM, 1993: 11)

Scholl-Latour definiert nie, was er denn unter seinem vielgebrauchten Begriff „Fundamentalismus“ versteht, es gibt auch keinerlei „Analyse der fundamentalistischen Ideologie oder Trägerschaft, da beide bereits im Ansatz aus dem Islam und

seinen Gläubigen ableitbar seien. Entsprechend geht für den Leser jedes erkennbare Maß verloren. Islamische Fundamentalisten sind weder ihrer Handlungsmaxime noch ihrer Zahl nach einschätzbar. Vielmehr sind sie irrationale exotische Wesen, die nach historischen Handlungsmustern handeln, die für den okzidentalen Leser in keiner Weise nachvollziehbar sind, und der Autor tut alles andere, als sie nachvollziehbar zu machen.“ (ABDALLAH, 1998: 83f)

Ein anderer Bestsellerautor, Gerhard Konzelmann, schreibt nicht weniger abwertend und verallgemeinernd in seinen Büchern über den Islam. In seinem Jerusalem-Buch beschreibt er etwa die Eroberung der Stadt Gaza, welche von „Kämpfern erobert [wurde], die im Namen Allahs stritten. Sie töteten, für diesen Gott, die christlichen Soldaten der Garnison von Gaza. [...] Zum erstenmal waren Christen durch das „Schwert des Islam“ gefallen.“ (KONZELMANN, 1994: 348)

Aber auch seriösere „Experten“ wie der Politikwissenschaftler Bassam Tibi unterstützen letztlich die Konstruktion eines Feindbildes Islam. War Tibi in seinen populärwissenschaftlichen Büchern über den Islam „bereits in der Bestimmung des Phänomens islamischer Fundamentalismus wenig präzise, so ist er es ebensowenig in der Analyse desselben.“ (ABDALLAH, 1998: 82)

Diese „mangelnde Konkretisierung der Trägerschaft fundamentalistischer Bewegungen durch Tibi trägt dazu bei, islamischen Fundamentalismus als eine konturlose, aggressive Massenbewegung gefährlichen Aus-

maßes einzustufen.“ (ABDALLAH, 1998: 82)

Dass irrationale Warnungen vor der „Gefahr des Islam“ gerade seit dem Ende der Achtzigerjahre in Europa auf so guten Boden fielen, hat jedoch seine Ursache nicht nur in der islamischen Revolution im Iran und der damit verbundenen Angst des Westens, weitere islamische Staaten könnten in dieser sensiblen Region einen antiwestlichen Block bilden, sondern hat auch mit der politischen Entwicklung in Europa und mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes zu tun. Einerseits kamen europäischen und US-amerikanischen Militärstrategen spätestens mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion traditionelle Feindbilder abhandeln, die durch neue ersetzt werden mussten. Andererseits bedurfte aber auch die Schaffung eines neuen Nationalbewusstseins in der EU – eines Euro-Nationalismus – einer verstärkten Abgrenzung nach außen. Konnte sich die Kreation der „Deutschen Nation“ noch an ihrem französischen Pendant abgrenzen und reiben, so bedarf es für Europa schon eines wesentlich bedeutenderen Feindes.

Daneben gibt es seit den Siebzigerjahren durch eine spezifische politische und ökonomische Entwicklung vieler islamischer Staaten tatsächlich einen gewissen Aufschwung islamisch-integralistischer Bewegungen. Nicht wenige davon, wie die nun von der Administration Bush bombardierten Taliban in Afghanistan, waren jedoch erst durch die Förderung westlicher Staaten zu einer realen politischen Kraft geworden. Wie in Europa (ehemalige) Nazis in westliche

Geheimdienststrukturen eingebaut wurden, da sie im Zeitalter des kalten Krieges als die treuesten Antikommunisten betrachtet wurden, wurde der sunnitische islamische Integralismus noch bis vor wenigen Jahren als antikommunistische Bastion einerseits, aber auch als weniger gefährliche Alternative zum arabischen Nationalismus andererseits gesehen und deshalb auf verschiedensten Ebenen gefördert.

Wenn nun die US-Administration bemerkt, dass sie die Geister, die sie rief, nicht mehr los wird, dann heißt das noch lange nicht, dass sie deshalb aus der Geschichte gelernt hätte. Wenn George

Bush heute zum Kampf gegen „das Böse“ aufruft, so unterscheidet er sich darin nicht vom Amtsvorgänger seines Vaters, Ronald Reagan, der noch in den Achtzigerjahren angekündigt hatte, das „Reich des Bösen“ bombardieren zu wollen. Damals war damit eben die Sowjetunion gemeint, heute sind es islamische „Schurkenstaaten“ wie Afghanistan. An religiösem Sendungsbewusstsein und manichäischem Denken stehen die „Krieger gegen das Böse“ jenen, die gegen den „atheistischen Satan“ kämpfen, um nichts nach. Einen Funken an Emanzipation kann ich weder bei den einen noch bei den anderen erkennen.

Literatur:

- ABDALLAH, Laila: *Islamischer Fundamentalismus - eine fundamentale Fehlwahrnehmung?* Berlin, 1998
- BALIC, Ismail: *Zur Geschichte der Muslime in Österreich.* in: HEINE, Susanne: *Islam zwischen Selbstbild und Klischee.* Wien, 1995
- BUNZL, John: *Juden im Orient, Jüdische Gemeinschaften in der islamischen Welt und orientalische Juden in Israel.* Wien, 1989
- HALM, Heinz: *Vorwort.* in: KLEMM, Verena / HÖRNER, Karin: *Das Schwert des „Experten“, Peter Scholl-Latours verzerrtes Araber- und Islambild.* Heidelberg, 1993
- HEINE, Peter: *Konflikt der Kulturen oder Feindbild Islam, Alte Vorurteile - neue Klischees - reale Gefahren.* Freiburg im Breisgau, 1996
- KÖNIG, Franz Kardinal: *Europa sucht seinen Weg.* in: SCHÜSSEL, Wolfgang (Hg.): *Austria - Zur ersten EU-Präsidentschaft Österreichs 1998.* Wien, 1998
- ROTTER, Ekkehart: *Die Sarazenenseuche oder Wie ein Feindbild entsteht.* in: ROTTER, Gernot: *Die Welten des Islam.* Frankfurt am Main, 1993
- SAID, Edward W.: *Orientalism.* New York, 1979
- SCHWEIZER, Gerhard: *Syrien, Religion und Politik im Nahen Osten.* Stuttgart, 1998
- SENOCAK, Zafer: *War Hitler Araber? Irreführungen an den Rand Europas.* Berlin, 1994

Die Wut im Bauch – Surrealismus überall

Teil 3 – Es lebe die Langeweile, Es lebe die Leidenschaft

„Alle triumphierenden Ideen sind zum Scheitern verurteilt.“

André Breton

VON ALEXANDER
SCHÜRMANN-EMANUELY

Politik der Ohrfeige

Im Sommer 1935 traf Ilja Ehrenburg, Schriftsteller und sowjetischer Doyen des sozialistischen Realismus, auf einer Straße in Paris eine Ohrfeige André Bretons. Die Aufregung Bretons hatte ihren Grund, nämlich folgende Ausführungen Ehrenburgs über die Surrealisten in seinem Buch *Mit den Augen eines Schriftstellers aus der UDS-SR*: „Die Surrealisten wollen zwar von Hegel als auch von Marx als auch von der Revolution etwas wissen, doch was sie ablehnen, ist arbeiten. Sie haben so ihre Beschäftigungen. Zum Beispiel erforschen sie die Päderastie und die Träume [...] Der eine von ihnen befließt sich, eine Erbschaft, der andere, die Mitgift seiner Frau durchzubringen [...] Angefangen haben sie mit obszönen Wörtern. Die am wenigsten Gewitzten unter ihnen geben zu, daß ihr ganzes Programm darin besteht, Mädchen zu küssen. Die sich ein wenig auskennen, begreifen, daß man damit nicht sehr weit kommt. Frauen, das ist für sie Konformismus. Sie vertreten ein anderes Programm: Onanie, Päderastie, Fetischismus, Exhibitionismus und sogar Sodomie. Doch selbst mit so etwas läßt sich in Paris nur schwer jemand hinter dem Ofen hervorlocken. Also [...] kommt Freud zu Hilfe [...]“ (Es brennt! Pamphlete der Surrealisten, 1998, S. 100)

Als Folge für die dem sowjetischen Nationalromancier verpaßte rote Wange und den ihm eingejagten Schrecken, durfte Breton bei einem internationalen Kongreß „zur Rettung der Kultur“, welcher von einem der KP nahestehenden Schriftstellerverband organisiert worden war, nicht auftreten. Paul Eluard vertrat seinen Freund Breton und hielt dessen Rede „Als die Surrealisten noch Recht hatten“, ganz am Ende der Sitzung, um Mitternacht, als die Delegierten schon aufbrachen und die OrganisatorInnen darauf drängten, endlich aufzuhören, weil bald das Licht abzdrehen sei. Das Licht ging schließlich mit einer heftigen Kritik an Stalin, dem „allmächtigen Führer, unter dem dieses Regime regelrecht zur Negation dessen wird, was es sein sollte und was es einmal gewesen ist...“ (ebenda, S.117), aus. Die gemeinsame Reise von surrealistischer Bewegung und KP war mit einem Schlag und der Kritik an den beginnenden Moskauer Prozessen zu Ende. Eine Zeit lang fühlte sich André Breton von Trotsky angezogen, mit dem er in Mexiko auch einen gemeinsamen Text über die Autonomie der Kunst verfaßte, doch ziemlich bald näherte sich Breton seinen libertären (frz. für freiheitlichen) Ursprüngen und fand sich im schwarzen Spiegel des Anarchismus

wieder, frei nach Léo Ferré: „Marx war ein Hippie“.

Die einfachste surrealistische Tat...

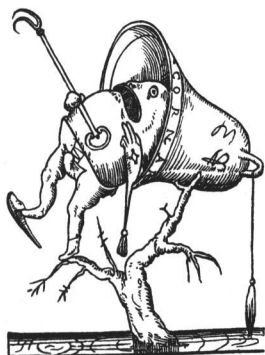
Trotzdem sie André Breton verteilt hat, kann die Ohrfeige aus dem Jahr 1935 nicht als surrealistischer Akt der Gewalt gesehen werden, sie hatte nämlich ein Ziel: die Wange Ehrenburgs. Wenn Gewalt, dann ziellose, also sinnlose, nicht zu vollbringende. Nur so findet die Sinnlosigkeit von Gewalt an sich ihren Ausdruck, indem sie sich als sinnlos und ziellos einprägt, alles andere wäre reale und manifeste Gewalt.

Im Zweiten Surrealistischen Manifest von André Breton 1930 kann etwas nachgelesen werden, das in seiner Provokation genau das ausdrückt: „Die einfachste surrealistische Tat besteht darin, mit Revolvern in den Fäusten auf die Straße zu gehen und blindlings, solange man kann, in die Menge zu schießen.“ (Bürger, Peter. Ursprung des postmodernen Denkens. S. 26). Auf den ersten Blick und überflogen könnte ähnliches von einem Futuristen wie Marinetti oder sonst einem Faschisten geschrieben worden sein. Doch die Gewalt der Schwarz- und Braunhemden war nicht ziellos, wenn auch willkürlich, war nicht Ausdruck größter Verzweiflung, sondern Programm, um ein Ziel, um die Macht zu erreichen. Die ab-

solute Revolte, die Bretons Satz ausspricht, richtet sich nicht gegen bestimmbare Mißstände der bürgerlichen Gesellschaft, sondern gegen das Leben an sich, gegen die „conditions dérisoires, ici-bas.“, die unzumutbaren Zustände hier unten. Der revolutive Satz bringt die existentielle Verzweiflung, die dunkle Seite des Begehrens und die daraus resultierende Todessehnsucht zum Ausdruck. Die blinde Gewalt, welche Breton beschreibt, ist jene eines verzweiferten Individuums, das seine Ausweglosigkeit entdeckt, die Ausweglosigkeit aus der bestimmenden Fremdbestimmung durch Ideen oder Andere zu entkommen. Die reale, gewollte Gewalt in der Gesellschaft, ist jene, die die Schrauben festigt, die besser locker bleiben sollten, denn erst durch diese Festigung taucht ein fester Wille mit einem noch festeren Ziel und vielen tragischen Folgen auf. Den Massenmord an anderen vollbrachten immer nur Menschen, die ihre Taten in Einklang mit irgendwelchen Zielen bringen konnten, wie einen Feind zu vernichten oder die Welt zu retten. Kein Surrealist wurde je Revolverheld, kein Surrealist wollte je Welt oder Leben retten... Es galt einfach, sich allen Zielen zu verweigern, die angestrebte Revolution als Verweigerung aller Ziele zu setzen. Nur das Individuum, mit sich selbst, ist einer solchen Weigerung fähig, wenn es nichts mehr tut, was außerhalb seiner eigenen Triebe, seines eigenen Willens steht, wenn es die eigene Verzweiflung in der Welt aus Poesie, Liebe und Freiheit austobt.

Aus der scheinbaren Unrealisierbarkeit einer gelebten Verweigerung, richteten Sur-

realisten, wie René Crevel, den Revolver höchstens gegen sich selbst. Crevel kündigte seine Tat als Notwendigkeit an, um endlich etwas zu tun, auf das nur er Einfluß hat, das nicht in Zusammenhang mit irgend etwas, irgendwem anderen und einer Akzeptanz steht. „Das Leben, welches ich akzeptiert habe, ist das schlimmste Argument gegen mich selbst.“



Liebe, Freiheit und Poesie – In Luis Buñuels Film *Das Goldene Zeitalter* aus dem Jahr 1930, wird genau diese destabilisierende Kraft ausgetobter, zielloser Gefühle illustriert. Der Protagonist des Films ist aufs leidenschaftlichste in eine Frau vernarrt, die nicht minder leidenschaftlich für ihn empfindet. Jeder Moment, jeder Ort wird genützt, um sich dieser Leidenschaft hinzugeben. Nach Erregung öffentlichen Ärgernisses wird er verhaftet. Was die Polizisten nicht wissen, ist, daß er selbst Beamter mit speziellen Vollmachten ist. Nachdem er sich eine Zeit lang geduldig und gelangweilt durch die Stadt zerren läßt und auf jeder Seidenstrumpfwerbung seine Geleidenschaftete sieht, reißt er sich los und zeigt den verdutzten Polizisten seine

Spezialausweise, die ihn immun vor jedem Zugriff anderer Beamten machen. Er ist wieder frei und sprengt gleich ein mondänes Fest. Danach beißen sich die zwei wiedergefundenen Liebenden glückselig Finger und Zehen ab. Die Revolte des Beamten, die ganz im Sinne der surrealistischen Revolte ist, drückt sich dadurch aus, daß er seinen sentimental und triebhaften Grundbedürfnissen, koste es, was es wolle, folgt. Inzwischen geht der Staat zugrunde, eine Revolution bricht aus, der Innenminister ruft mitten im Geküsse an und erschießt sich, nach einer Tirade voller Vorwürfe gegen den wild gewordenen Beamten noch während des Telefonats. Nichts ist wichtiger als die spontane und leidenschaftliche Liebe, schon gar kein Staat oder Gott oder sonst jemand außerhalb des Ichs. Mitten im ganzen Trara spielt ein Orchester den Liebestod aus Tristan und Isolde (dem Liebespaar, das nicht nur für eine spontane Leidenschaft alle sozialen Bindungen, Ritter- und Königinnenkarriere zerstört, sondern auch noch aus einem Mißverständnis heraus stirbt, den Liebestod eben). Spontane Liebe auch bei Buñuel: denn nachdem der Protagonist von dem Gespräch zu seiner Geliebten zurück kommt, brennt diese mit dem greisen Dirigenten des Wagner spielenden Orchesters durch, was natürlich den Wildgewordenen die wirklich fast wichtigste Erfahrung des Surrealismus vergegenwärtigt: die Verzweiflung.

Die Moral der Geschichte, des Surrealismus ist, mit Breton ausgedrückt: „Gänzlich unfähig, mich abzufinden mit dem mir zugefallenen Schicksal, in meinem Wert-

gefühl zutiefst verletzt durch den Mangel an Gerechtigkeit, den in meinen Augen die Erbsünde keinesfalls entschuldigt, hüte ich mich davor, mein Dasein den hienieden für jedes Dasein geltenden lächerlichen Existenzbedingungen anzupassen.“ Vor lauter Wut zündet der Verlassene Held Buñuels einen Weihnachtsbaum an und wirft ihn aus dem Fenster.

Der Film blieb nicht ohne Folgen – Gezielte und manifeste Gewalt und echte Revolver folgten einen Tag nach der Uraufführung, als Schlägertrupps der Patriotischen und der Antijüdischen Liga das Kino stürmten und es verwüsteten. Zwei Tage später war der Film verboten und bis in die 90er Jahre nicht zu sehen.

Die komplizierteste surrealistische Tat...

Die gleichen Schlägertrupps sollten bald ganz Europa regieren und mit einer Gewalt überziehen, die sich selbst als Ziel nahm. Mord und Totschlag sind unter den Nazis und ihren Kollaborateuren Gesetz und Religion gewesen. Louis Aragon fand in dieser Zeit, als Haß gepredigt und Gewalt sowie das Gruppen- und Wir-Gefühl zelebriert wurde, Worte und Gedichte, die in Folge vielleicht am eindrucksvollsten Menschen (unter anderem mich) in ihrer Verweigerung prägten. In seinem Essay *Kunst und Politik im totalitären Zeitalter – Einige Bemerkungen zu Aragon* (Marcuse, Herbert. Nachgelassene Schriften. Kunst und Befreiung, 2000, S. 47-71), beschreibt Herbert Marcuse die von Aragon kreierte Gegenwelt. Anstatt als Resistancekämpfer, der er war, über seine Heldentaten und die sei-

ner KameradInnen zu poetisieren, widmete Aragon ganze Gedichtbände seiner Frau Elsa. Einer heißt Elsa, ein anderer Die Hände Elsas, Die Augen Elsas... Indem Aragon das Schöne, nämlich Elsa und seine Liebe zu ihr darstellt, stellt er gleichzeitig die Zerstörung dieser Liebe und jeder ähnlichen Welt und jedes ähnlichen Gefühls durch die Realität, die damals Nationalsozialismus und Krieg hieß, dar. Als einzige Lösung überhaupt und immer war in Folge: diese Realität zerstören zu müssen, und zwar durch die Gegen- und Eigenrealität. Haß durch Liebe, die Gewalt durch sanfte Zuneigung und das Wir-Gefühl durch die Leidenschaft für einen Menschen ersetzen, in ihrer Intimität war die Verweigerung, die Surrealität vollkommen. Und nicht nur im Gedicht, sondern im Leben, sei es noch so höllisch wie das während der Nazizeit, griff diese Intimität um sich. Das mag sich zwar sehr romantisch anhöhen, doch verweigert diese Haltung des Individuums konsequent jedes weitere Verwirklichen der Wirklichkeit in seinem Bereich. „Oh meine Liebe, oh meine Liebe, du allein bist für mich in dieser Stunde trauriger Abenddämmerung“ (Louis Aragon).

Wider die Anpassung

Doch zurück zu den Anfängen des Surrealismus und dem Punkt, als die Suche nach dem Gold der Zeit angefangen hat. Eine zentrale Bedingung der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Verzweiflung zu entkommen, ist die Langeweile. Erst diese ermöglicht nämlich, aufzubrechen und im ziellosen Herumirren durch den All-

tag die Ereignisse, Objekte und Menschen zu finden, die das neue, das eigene Universum bilden. Die Langeweile ist die wundersame Flamme, die endlich Licht auf einen selbst, auf die Mitwelt wirft. Breton und Nadja ist langweilig, deswegen durchstreifen sie Paris, wo andere arbeiten und jahrelang nichts anderes als die gleiche Routine wiederholen. Es durchstreifen Feen und Männchen in Grün Städte und Passagen wie Kinder eine zu entdeckende Welt durchstreifen, hintergedankenlos, dem irgendwas entgegen. Cafés und Bahnhöfe sind Ausgangspunkte und Orte, wo sich die Eingeweihten finden, um ihre dekonstruktiven Spiele zu spielen: das automatische Schreiben und das Entwerfen Erlesener Leichname.

Das Basteln Erlesener Leichname war als Bruch mit dem kodifizierten Geist und den eingepprägten Assoziationen ins Leben gerufen worden. Durch dieses Basteln soll der innere Reichtum der SpielerInnen ermessen werden, indem das Unbewußte durch Methoden eines Gesellschaftsspieles fixiert wird. Mehrere Personen schieben sich nach und nach ein Blatt Papier zu und beschreiben oder bezeichnen es sukzessiv, ohne zu wissen, was der andere geschrieben oder gezeichnet hat. Beim Entfalten des Papiers entstehen Dialoge und Wesen ohne jeden Wirklichkeitsgehalt, bzw. mit einem neuen Wirklichkeitsgehalt, mit jenem ahnungslosen der Beteiligten. Der erste Satz des ersten Spieles lautete „Der erlesene Leichnam“, alle anderen Sätze, die auf diesen folgten und folgen sind Assoziationen aus der Unendlichkeit des Zufalls, sind universelle Sätze. Durch

dieses und andere Spiele entwickelte sich in der Gruppe keine Identität oder kein Zwang zur Gemeinschaft, es entwickelte sich viel mehr eine kommunikative Reibfläche verschiedener Vasen, die sich gegenseitig auffüllten und entleerten, auffüllten und entleerten...

Das Automatische Schreiben war von ähnlicher Qualität und gleichzeitig die ursprünglichste Methode, das erste Spiel der Surrealisten, wenngleich auch nicht von ihnen erfunden, da es schon im Barock kursierende Salonunterhaltung gewesen war. Der eigenen Definition Bretons zufolge ist Automatismus Synonym von Surrealismus. Unkritisches, unreflektiertes und hemmungsloses Niederschreiben von Wortfolgen soll das Aufzeichnen der Botschaften aus der eigenen Traum- und Wahnwelt ermöglichen. Daß dabei trotzdem die Gesetze der Syntax eingehalten werden, ist darauf zurückzuführen, daß Breton bestimmte, daß der Inhalt, die produzierten Bilder als Ausdruck des Automatismus zu erkennen seien, was bei einem wort- und satzzerstörenden Gestammel à la Dada nicht möglich gewesen wäre. Spiel und Ernst waren gleichgesetzt, Literatur wurde zur Lebenspraxis, zur Entdeckungsreise mit anderen und in diese, mit dem und in das verschüttete Ich. Das automatische Schreiben soll die letzten Bindungen zur Realität, zum Geist lösen, soll die Hingabe an den Kurzschatz sein, der den Menschen von etwas Stärkerem als mensch selbst überwältigen läßt und aus der Realität schleudert. 10 Stunden pausenlos auf ein Blatt schreiben und das einige Wochen lang, wenn auch in einer unbe-

dingt gemütlichen Atmosphäre, wie bretonisch empfahlen – Mensch ist dann ein anderer Mensch.

Eine gewollte, aber ganz andere, in den Stundenplan des Leben eingreifende Wirkung hatten diese Spiele allenfalls: sie waren jeder der Norm entsprechenden Tätigkeit fast zur Gänze entzogen, vor allem aber zeitintensiv. Somit wurden alle beteiligten Spieler durch ihr Verhalten nutzlose Mitglieder der Gesellschaft – Bravo! Dutzende Menschen schlossen sich selbst aus, schafften es, durch ihren eigenen Ausschuß den Beweis dafür zu erbringen, daß nicht nur das surrealistische Bewußtsein, sondern auch die surrealistische Tat die Gesellschaft auflöst.

Warum? – Darum!

Zum Schluß eine kurze Frage auf eine kurze Frage, nämlich auf jene, was diese Auseinandersetzung mit dem vor 80 Jahren manifestierten Surrealismus soll, geschehen eigentlich genug aktuelle Explosionen und schrieb doch Adorno nachvollziehbar nach dem Zweiten Weltkrieg: „Nach der europäischen Katastrophe sind die surrealistischen Schocks kraftlos geworden.“ (Adorno, T.W., Notizen zur Literatur, 1981, S. 102). Doch wenn der Anfang des surrealistischen Abenteuers nicht das Erstaunen vor dem Reichtum der Erscheinungswelt, sondern ein Zustand der Niedergeschlagenheit war, ist dann die Voraussetzung für dieses Abenteuers nicht immer gegeben, kann dann nicht immer verstört und gestört werden, und zwar nicht im Sinne der Realität, sondern im Sinne der Hoffnung, des Traums und der Schamesröte provozierenden Gefühle?

Feministischer Eigensinn

Gründe, einen feministischen Kongreß – gleich welcher Disziplin – zu organisieren, gibt es wohl mehr als genug und es sollte auch keinerlei Notwendigkeit bestehen, ein solches Unterfangen zu rechtfertigen. Daß hier trotzdem einleitend ein Grund oder besser ein Anlaß genannt wird und daß dieser die Leserin, den Leser gleich aufhorchen läßt – „[E]in mutwillig heruntergerissenes Plakat feministischen Inhalts“ (S.7) – liegt wohl an dessen einschlägiger Banalität. Hier wird signalisiert: Nicht (nur) in akademische Diskurse soll interveniert werden, sondern (auch) in den universitären Alltag, wobei die Universität als durchaus austauschbarer Ort der Artikulation gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu sehen ist.

Bemerkenswert ist, daß es ein solches Projekt, das „von insgesamt 20 Studentinnen/Doktorandinnen inhaltlich und organisatorisch vorbereitet“ (S.8) wurde, dann tatsächlich bis zur Publikation in einem renommierten Verlag schafft und nicht gleichzeitig in die Falle tappt, sich unter die „Schirmherrschaft“ prominenter WissenschaftlerInnen zu stellen, womit nicht nur die eigene Arbeit unsichtbar gemacht würde, sondern womöglich auch die „feministische[...] Widerständigkeit“ (S.9) zu leiden hätte. Die „Ehre“ der Herausgeberinnenschaft bleibt also zwei jungen Politikwissenschaftlerinnen: Ayla Satilmis und Telse Jacobs, die derzeit feministische Diplom- bzw. Doktorarbeiten schreiben.

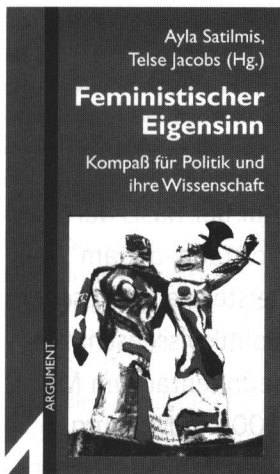
Die thematische Unbestimmtheit, die die dem Sammelband zugrunde liegende Veranstaltung bereits im Titel trägt, setzt sich auch in Buchform fort, was einerseits gut mit der Anforderung, feministische Kritik aus „verschiedenen Perspektiven“ (S.8) zu Wort kommen zu lassen, korrespondiert, andererseits kaum einen durchgängigen inhaltlichen Bogen zwischen den Beiträgen schafft. Ohne der Schwierigkeit, die thematische Breite in eine Rezension zu verpacken, ganz ausweichen zu können, werde ich im Folgenden einzelne Aufsätze einer genaueren Lektüre unterziehen – im Versuch auch so dem Ganzen gerecht zu werden.

Ingrid Kurz-Scherf, Professorin für Politikwissenschaft an der FH Bielefeld mit den Schwerpunkten politische Ökonomie, Gewerkschafts- und Arbeitsmarktpolitik und feministische Politikwissenschaft unterzieht in ihrem Beitrag – „Was heißt und zu welchem Behufe studieren und betreiben wir feministische Politik(wissenschaft)?“ – die Positionierung als feministische Politikwissenschaftlerin einer grundlegenden Reflexion. Die verquere Syntax ihres Titels – übrigens ein doppelt abgewandeltes Zitat: zunächst verwendete Schiller 1789 eine ähnliche Formulierung in Bezug auf die „Geistesgeschichte“, dann diente es 1989 als Motto einer 'Jubiläumsveranstaltung' der Politischen Wissenschaft an der FU Berlin in Bezug auf die Politikwissenschaft – soll auf ein zentrales

Problem im Selbstverständnis hinweisen: Wie kann feministische Politik(wissenschaft) zugleich Subjekt und Objekt des Interesses sein? Und sie kommt über diesen kleinen stilistischen Umweg gleich zur zentralen These ihres Aufsatzes: „Vorrangig geht es mir aber im folgenden um die Verortung feministischer Politikwissenschaft in der spannungsgeladenen Dreiecksbeziehung zwischen Politischer Wissenschaft, feministischer Wissenschaft und feministischer Politik.“ (S.50) Zunächst geht es – und diese Perspektive findet sich in mehreren Beiträgen – um die Bestandsaufnahme einer, im Vergleich zu anderen Geistes- und Sozialwissenschaften deutlich verspätet, aber schließlich doch angekommenen – doch bei weitem noch nicht angenommenen – „feministischen Herausforderung“ in der Politikwissenschaft. In einer kurzen Erinnerung an die jüngere Geschichte dieser Disziplin, die unter dem heutigen Namen in Deutschland nach 1945 in die Universitäten Eingang gefunden hat und damals vor allem im Zeichen von Demokratisierung, politischer Bildung und Reeducation gestanden ist (vgl. S.55), sich aber bald darauf – im Zuge des Kalten Kriegs – nach amerikanischem Vorbild „zu einem wissenschaftlichen Arm der Systemkonkurrenz“ (S.55) entwickelt hat und damit zu einer durchwegs affirmativen und „staatstragenden“ Grundhaltung gelangt ist. Doch auch die kritische Politikwissenschaft, die sich

Auf der Basis der Vorträge, die am „ersten feministischen Politikwissenschaftlerinnentag“ im Mai 2000 in Marburg gehalten wurden, ist nun im Argument-Verlag ein Sammelband unter dem Titel „Feministischer Eigensinn“ erschienen, dessen Untertitel „Kompaß für Politik und ihre Wissenschaft“ so sehr nach Zeitschrift klingt, daß die Fortsetzung quasi schon mitgemeint ist.

VON EVA KRIVANEK



Ayla Satilmis, Telse Jacobs (Hg.): *Feministischer Eigensinn. Kompaß für Politik und ihre Wissenschaft*. Hamburg: Argument Sonderband NF 283) 206 S. DM 35,-/ 255,- öS

in den 70er und 80er Jahren herausgebildet hat, unterliegt weithin dem „male bias“ (S.56). Im Vergleich zu ihren Nachbardisziplinen hat sich die Politikwissenschaft als besonders resistent gegenüber feministischen Theorien und Methoden erwiesen. Ingrid Kurz-Scherf erklärt dieses Phänomen unter anderem mit „dem in der Politikwissenschaft dominierenden Politikbegriff im vorrangigen Sinn von Regierungs- und Herrschaftshandeln“ (S.57).

Nun ist aber in den letzten zwei Jahrzehnten doch einiges in Bewegung geraten – feministische Politikwissenschaft hat an den meisten Universitäten zumindest am Rande Eingang in die Lehre und Forschung gefunden und es stellt sich in einer ersten Bilanz die Frage, ob mit der „feministischen Herausforderung“ tatsächlich eine Öffnung der Disziplin einhergegangen ist, ob es zu einer Erweiterung des Politik-Begriffs gekommen ist, ob diese nur der Erosion des politischen Staatshandelns im Allgemeinen und einer Ökonomisierung der Gesellschaft zuzurechnen ist, oder ob es auch progressive Elemente dieser Entwicklung gibt bzw., wie es Ingrid Kurz-Scherf nennt, es zu einer „demokratiawissenschaftlichen Rückbesinnung“ (S.60) in der Politikwissenschaft kommt. Im Zuge der „Dialektik von Autonomie und Anerkennung“ (S.60), die die feministische Politikwissenschaft in allen drei vorhin skizzierten Spannungsfeldern bestimmt, ist es wichtig, die produktive Dynamik und die selbstbewußte Setzung, in dem durch Politikwissenschaft, feministische Wissenschaft und feministische Politik bzw. Frauenbewegung geschaffenen Rah-

men, als „feministisch – politisch – wissenschaftlich“ (S.69) voranzutreiben ohne allzu sehr dem Anpassungsdruck zu unterliegen, ohne sich aber auf der anderen Seite in ein Ghetto zurückzuziehen. Deshalb bleibt die zuvor gestellte Frage wohl aufrecht: „[B]edarf es nicht ganz grundsätzlich einer Neubegründung politischer Wissenschaft in einem neuen, anderen, feministischen Verständnis des Politischen?“ (S.67)

In einen aktuellen Kontext greift der Artikel von Christina Schenk mit dem Titel „Lebensweisenpolitik – die Alternative zur 'Homo-Ehe'“ (S.130) ein. Die Autorin ist Bundestagsabgeordnete und familien- sowie Lesben- und Schwulenpolitische Sprecherin der PDS und formuliert in ihrem Beitrag eine grundlegende Kritik an der „Ehe“ für homosexuelle Paare, die an der Bevorzugung der Ehe unter sämtlichen möglichen Lebens- und Zusammenlebensformen nicht rüttelt. „Die Gleichstellung aller Lebensweisen ist kein Problem sogenannter Randgruppen oder Minderheiten, sondern sie gewährleistet die Freiheit für jede und jeden, die eigenen Lebenszusammenhänge so authentisch wie subjektiv möglich zu gestalten.“ (S.132) Daß einer realen Diversifizierung von Lebens- und Familienformen – insbesondere in Großstädten – kein entsprechender gesetzlicher Rahmen gegenübersteht, daß ein Großteil der Lebensformen rechtlich nicht abgesichert ist – ist das Problem, das durch grundsätzliche Novellierungen des Sozial- und Steuerrechts, des Miet-, Erb-, Kindschafts- und Adoptionsrechts entschärft werden könnte. In der Alternative zwischen „Bürgerrechtspolitik“, die

versucht, sich an politischen Mehrheiten zu orientieren und die Gleichstellung der eigenen Gruppe fordert, und einer „emanzipatorischen Politik“, die auf Veränderung des Ganzen zielt und – wie Christina Schenk meint – „grundsätzlich nicht mehrheitsfähig“ (S.138) ist, sondern nur auf lange Perspektive durch „Provokationen“ und „radikale Forderungen“ zu neuen Entwicklungen beitragen kann, sind beide legitim – auch wenn die Autorin kein Hehl daraus macht, auf welcher Seite sie steht – und in der Wechselwirkung zwischen diesen Formen politischer Intervention liegt viel Konfliktstoff, aber auch die Belebung der öffentlichen Debatten.

Schließlich möchte ich noch auf einen Beitrag eingehen, der durch seinen geographischen Bezugspunkt etwas aus der Reihe tanzt, aber zu einer Öffnung in außeruniversitäre und außerEUropäische Themenfelder, die doch insgesamt in diesem Band zu kurz kommen, beiträgt. Heidi Wedel beschreibt in ihrem Aufsatz „Identitätsbewegungen und Geschlecht in der Türkei“ (S.179) die Beteiligung von Frauen am politischen Leben in verschiedenen Kontexten: dem nach wie vor staatstragenden, säkular und westlich orientierten Kemalismus, der islamistischen Bewegung in der Türkei und der kurdischen Bewegung, aber auch dem feministischen Gruppierungen. Das strenge Prinzip des Einheitsstaates im Kemalismus, der keine abweichenden Identitäten und keine Interessenkonflikte duldet, führte vor allem seit den 80er Jahren zu einem Erstarken der islamistischen Bewegung einerseits, der Organisation

der kurdischen Bevölkerung andererseits. Frauen sind in der kemalistischen Modernisierungsideologie grundsätzlich gleichgestellt, auch das Frauenwahlrecht wurde vergleichsweise früh eingeführt (1930 bzw. 1934)¹, doch diese „Frauenbefreiung von oben“ stieß einerseits auf große soziale Widerstände vor allem in ländlichen Gebieten und betraf andererseits nur eine Minderheit von Frauen, meist aus der städtischen Oberschicht. Außerdem mußte „[d]ie Beteiligung am öffentlichen Leben [...] mit einem weiterhin geschlechtshierarchischen Familienleben, die Berufstätigkeit mit der Mutterrolle harmonisieren.“ (S.183) So haben sich viele Frauen aus ärmeren Schichten und ländlichen Gebieten, die von den Errungenschaften der Modernisierung ausgeschlossen waren, in islamistischen Organisationen engagiert. Hier spielt zum einen die lokale soziale Arbeit, die von diesen Parteien geleistet wird, eine wichtige Rolle, die Attraktivität bezieht der Islamismus aber auch, so Heidi Wedel, aus der ideologischen Erklärung für die eigene Position. „Der ‚westlichen‘ Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Aufhebung der räumlichen Geschlechtertrennung wird eine ‚islamische‘ Komplementarität entgegengesetzt, nach der die Geschlechter unterschiedliche Aufgaben in getrennten Räumen wahrnehmen.“ (S.185) Gerade in den suburbanen Armenvierteln der in die Stadt migrierenden Bevölkerungsgruppen können religiös-islamistische Gruppen einen Rahmen für die Vernetzung und Kooperation von Frauen bieten, die sonst völlig auf den häuslichen

Raum beschränkt wären. Daß diese Frauengruppen dann oft noch wichtige lokalpolitische Aufgaben wahrnehmen und auf informellen Wegen Lobbying betreiben, bleibt oft – gerade von den Männern und den islamistischen Parteien selbst, aber auch in der „westlichen“ Wahrnehmung – unberücksichtigt.

Der Assimilationszwang, dem die KurdInnen in der Türkei unterliegen, trifft Männer – durch häufigeren Schulbesuch, Militärdienst und Berufstätigkeit – stärker als Frauen. Deshalb „wurden die Frauen von der kurdischen Bewegung zu Trägerinnen der kurdischen Identität stilisiert, weil sie weniger assimiliert seien.“ (S.191) Das heißt natürlich auch, daß ihr Ausschluß aus der öffentlichen Sphäre damit idealisiert und gefestigt wurde. In vielen Untersuchungen zu ungleich behandelten Bevölkerungsgruppen läßt sich feststellen, daß die Unterordnung von Frauen in der unterdrückten Gruppe verstärkt wird, während sie in der bevorzugten Gruppe verringert werden kann. Doch mit einem erstarkenden kurdischen Selbstbewußtsein und der umstrittenen Hinwendung einiger kurdischer Gruppierungen (insb. der PKK) zum bewaffneten Kampf und der „zunehmende[n] Präsenz von Frauen in der Guerilla und ihre[r] aktive[n] Beteiligung am Kampf [...] werden bestehende Geschlechterverhältnisse in Frage gestellt und allmählich verändert.“ (S.192). Auch hier wird aber ein stilisiertes Bild der „entsexualisierten Mitstreiterin“ proklamiert. Eine feministische Haltung wird von den in der PKK organisierten Frauen zumeist als partikularistisch abgelehnt. Andere kur-



dische Frauenorganisationen arbeiten seit den 90er Jahren durchaus auch mit türkischen Feministinnen zusammen – v.a. zu den Bereichen Vergewaltigung und Gewalt in der Ehe. Seither sind einige gemeinsame Projekte zustande gekommen: feministische Zeitschriften, Frauenfriedensinitiativen, Kampagnen etc. Zunehmend organisieren sich kurdische Feministinnen auch autonom und üben Kritik sowohl an kurdischen Männern, als auch an einem, am „universellen Frausein“ orientierten, türkischen Feminismus, der die spezifische Unterdrückung kurdischer Frauen zu wenig anerkenne. Diese Bewegungen sind in zwei Richtungen bedeutend, einerseits um den – Geschlechterhierarchien verneinenden oder ideologisch verklärenden – Identitätsbewegungen eine eigenständige Positionierung von Frauen entgegenzusetzen, andererseits um eine immer wieder wichtige

Diskussion innerhalb der feministischen Bewegung über ihre „blinden Flecken“ in Bezug auf Klasse, Religion oder kultureller Zugehörigkeit anzuregen.

„Feministischer Eigensinn“ enthält eine Reihe von sehr interessanten Aufsätzen, bei denen immer wieder nachgeschlagen werden kann. Es kommen auch Autorinnen und Themen zur Sprache, die in den meisten Einführungsbänden zur feministischen Politikwissenschaft² fehlen. Wenn auch das Buch einem – zugegebenermaßen hohen – Anspruch an einen Sammelband, durch Zusammenstellung und Verknüpfung der einzelnen Beiträge weit mehr zu sein als die Summe seiner Teile, nicht ganz gerecht werden kann, wäre eine Fortsetzung dieses Projekts – gerade auch aufgrund der intergenerationellen Verknüpfungen, die es zustande gebracht hat – eine sehr wünschenswerte und wichtige Initiative.

1 vgl. auch: Heidi Wedel: *Frauen in der Türkei*. - in: *Der Bürger im Staat*. Jg. 50 (2000) Heft 1 – http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/1_00/tuerkei06.htm.

2 z.B. Eva Kreisky, Birgit Sauer (Hg.): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*. - F./M., N.Y.: Campus Verlag 1995.

Die Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit wurde geehrt!

Der BIV (Grün-Alternativer Verein zur Unterstützung von BürgerInneninitiativen) hat am 21. Oktober 2001 der Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit den goldenen Igel für den Bereich Soziales und Menschenrechte verliehen.

Der BIV der Grünen, finanziell gespeist aus den Abgaben der Grünen Parlaments-abgeordneten, unterstützt die Anliegen von BürgerInneninitiativen. Primär werden Rechtsanwaltskosten gefördert.

Die Arge bietet Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen seit 1977 Beratung an. Mit der Rechtsberatung zu allen Fragen der Wehrdienstverweigerung und der entsprechenden Schulung der BeraterInnen hat sich die Arge zur renommiertesten Beratungseinrichtung in diesem Bereich entwickelt.

Gerade in Zeiten der totalen Kriegshetze ist die Prämierung der antimilitaristischen Organisation ein überaus wichtiges Zeichen der Anerkennung. Die grundsätzlich gewaltfreie Einstellung und das aktive Eintreten gegen jede Art von Nationalismus sind inhaltliche Eckpfeiler der Arge.

„Meist ist unsere Arbeit unsichtbar und unbedankt, manchmal wird sie auch angefeindet. Umso wichtiger ist für uns diese Auszeichnung.“ So Roland Starch, Mitarbeiter der Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit.

Der goldene Igel wurde von Maria Niccolini, Universität Klagenfurt, Conrad Seidl, Der Standard, und Peter Weihs, Wissenschaftler, im Auftrag des BIV vergeben. Die Jury hat die Arge sicherlich wegen der Brisanz der Antikriegsarbeit unter den nominierten Organisationen, freies Radio Wien, Save Tibet, Schwule, Lesben und Transgender Personen, ausgewählt.

„Wir sehen die Ehrung als Bestätigung unseres jahrzehntelangen Einsatzes für gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien und als Anerkennung für alle MitarbeiterInnen der Arge, die vielen Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen geholfen haben.“ Christian Mokricky, der die Ehrung stellvertretend für die MitarbeiterInnen der Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit entgegennahm: „Wir verstehen die Auszeichnung auch als Auftrag weiter konsequent für das Recht auf Wehrdienstverweigerung einzutreten, all jene zu unterstützen, die den Wehrdienst nicht erfüllen wollen und vor allem denen zu helfen, die nicht mehr bereit sind die Verfolgten und Vertriebenen der Kriege und anderer Unterdrückung an den Grenzen Österreichs zu jagen.“

Von den vielen MitarbeiterInnen der Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit möchte ich besonderes Peter Steyrer danken, der über viele Jahre die zielstrebige Arbeit der Arge bestimmt hat und auch die Verbindung zum BIV hergestellt und gestaltet hat

Gibt es einen gerechten Krieg?

Seit jeher haben die Mächtigen den „gerechten Krieg“ des Guten gegen das Böse ausgerufen. Die heutige Pax Americana stützt sich auf das Recht, Krieg gegen „das Böse“, die „Ungläubigen“, „die Terroristen“ zu führen (wie schon die Kreuzritter, die Inquisition, die Habsburger oder Franco). Für uns gibt es keine Rechtfertigung für Mord, egal ob er staatlich angeordnet oder individuell ausgeführt wird. Alle Kriege wurden und werden aus Machtinteresse geführt! Die Mächtigen haben stets unerbittlich gegen jede Emanzipation gekämpft. Bomben, Panzer, Schwerter, Scheiterhaufen, Galgen (Giftspritze/elektrischer Stuhl) dienen und dienen nur dem „Recht des Stärkeren“. Nur die Herrschenden behaupten, es gäbe einen „gerechten Krieg“: der Krieg gegen Aufbegehrende wäre „heilig“, „gottgewollt“, „unvermeidlich“.

Es gibt keinen gerechten Krieg!

Heute führen die reichen Staaten (vor allem die USA) diesen Kreuzzug gegen die Armen. Die meisten Regierungen weltweit unterstützen den Krieg „gegen den Terrorismus“, jedoch die wenigsten aus Überzeugung – sie resignieren vor der Weltmacht USA. In Europa ist (Umfrage EU-Kommission Ende September 2001), die Mehrheit gegen den Krieg. Regierungen und Medien lassen sich nicht dadurch stören: Kritik wird verschwiegen, es darf nur für den Krieg gebubelt werden.



Friedenskundgebungen – Nein zum Krieg!

Das Bundesheer präsentiert traditionell am 26. Oktober sein Arsenal am Helikopterplatz und an anderen Orten in Österreich. Kinderspielfeld und die Inszenierung von Krieg als Abenteuer suggerieren das 'lustvolle Töten'. In diesen Tagen ist aber durch Bombenkrieg, Flucht und Hungerelend das Sterben bitterer Ernst für die Menschen in Afghanistan geworden.

Armeen rechtfertigen sich durch ihren potenziellen Feind. Da ihre Legitimation immer stärker in Frage gestellt wurde, haben sie sich ein mächtiges Feindbild geschaffen: den „Kampf der Kulturen“. Mit dem „Kampf der Kulturen“ rechtfertigen die

jeweiligen Verteidiger des Guten den Missbrauch der religiösen Werte.

Verunsicherungsstrategien unter Führung der USA wollen verschleiern, dass sich Kriege mittlerweile als „soziale Phänomene“ unmöglich gemacht haben. Damit Kriege überhaupt noch führbar sind, müssen die definierten „Feinde“ als übermächtige Barbaren erscheinen. Gleichzeitig werden moderne Interventionskriege wie Hollywood-Spektakel inszeniert. Die Filmprofis dienen den Militärs und Geheimdiensten als Denkfabriken.

Dankbares Propagandamaterial liefern in Afghanistan die Lebenszusammenhänge der Frauen. Das patriarchale

Repressionssystem des Taliban-Regimes bietet dem Westen eine Rechtfertigungsgrundlage für den Krieg.

Obwohl die autoritären politischen Verhältnisse über die Frauenrechte kritisiert werden, hat die demokratische Oppositionsbewegung bisher noch keinerlei Unterstützung für den Aufbau gerechterer Strukturen erhalten. Im Gegenteil, die sich unter feministischem Blickwinkel konstituierende Widerstandsbewegung findet keinerlei Berücksichtigung in der politischen Diskussion. Jene Frauen, die sich für die Verwirklichung der Frauenrechte tatsächlich einsetzen, werden von der herrschenden Politik unsichtbar gemacht, so wer-

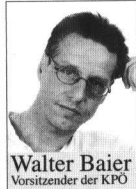
den die Frauen doppelt „veropfert“.

Statt jene Oppositionsbewegung, für die gerade die Verwirklichung von Frauenrechten eine zentrale Grundlage ihrer Widerstandsarbeit darstellt, bei der Umgestaltung der politischen Strukturen zu bestärken, wird ein greiser König aus dem Hut gezaubert, um ein dem Westen gegenüber willfähiges Regime zu installieren.

So schließt sich der Kreislauf der Instrumentalisierung der Frauenrechte in den weltweit funktionierenden Patriarchaten. Der Krieg ist eben seit der Installierung der antiken Patriarchate der Vater aller Dinge, er beginnt aber brüchig zu werden. Dieser Krieg in Afghanistan entspricht überholter Herrschaftswahrheiten, die weit hinter der Zivilisationsentwicklung herhinken.

Die betroffenen Bevölkerungen in den Nato-Staaten haben sich mit großer Mehrheit gegen diesen Krieg ausgesprochen. Es gibt eine zivile Vernunft, die der herrschenden politischen Unvernunft entgegensteht. Umberto Eco hat es einmal folgendermaßen formuliert: „Die Welt sieht den Krieg heute mit anderen Augen als zu Beginn des Jahrhunderts, und wenn heute jemand von der Schönheit des Krieges als einziger Hygiene der Welt reden würde, ginge er nicht in die Geschichte der Literatur ein, sondern in die der Psychiatrie ein.“

Die Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit beteiligte sich an zahlreichen Friedenskundgebungen gegen den Krieg und histe während der Angelobung am Heldenplatz ein Transparent mit dem Text „Flüchtlingsjagd verweigern“.



Walter Baier
Vorsitzender der KPO

Krieg ist keine Lösung

Der Krieg in Afghanistan vernichtet die ohnehin bescheidenen Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen. Zerstörte Lagerhäuser des Internationalen Roten Kreuzes, „Fehlschläge“ auf Krankenhäuser, zerstörte Wohnhäuser, tote ZivilistInnen und Bomben auf Stellungen der Nordallianz belegen: Bomben unterscheiden nicht zwischen Terroristen, „Freunden“ und Unschuldigen. Es ist zu befürchten, dass die barbarischen Attacken tausenden Zivilisten das Leben kosten werden und dass zehntausende Menschen aufgrund der Kriegswirren in diesem Winter verhungern werden.

Immer mehr wird es traurige Gewissheit: Die US-Regierung nutzt die Terrorakte zur Legitimierung ihres Kampfes um politische und wirtschaftliche Vormachtstellung. Alle Terrorbekämpfer, wie auch die Deutschen Grünen, sollten sich fragen, was die gesellschaftlichen Ursachen sind, auf denen Hass und Terrorismus gedeihen können. Was ist das für ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in dem laut UNO-Angaben täglich 100.000 Menschen verhungern und das 100 Millionen Kinder einen Schulbesuch verunmöglicht, während einige wenige Dollarmilliardäre ihre Swimming-Pools mit Geld auffüllen können?

Wer heute für Frieden und gegen den Krieg demonstriert, der/die rechtfertigt damit nicht – wie von manchen unterstellt – kriminelle, massenmörderische Terrorakte. Wer demonstriert, der/die rechtfertigt nicht die Unterdrückung des afghanischen Volkes durch ein mittelalterliches Regime oder die Demütigung der afghanischen Frauen. Wir demonstrieren, um eine Neuauflage der Tragödie des Golfkriegs, wo 200.000 IrakerInnen getötet wurden, zu verhindern. Und viele Menschen auf der ganzen Welt demonstrieren, weil Krieg keine Lösung ist.

Gegen Sozialabbau, Rassismus und Krieg!

KPO
www.kpoe.at

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

___ Flaschen	WEINVELTLINER	Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-
___ Flaschen	WEINZWEIGELT	Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

___ Flaschen	WEINCHARDONNAY	Chardonnay, trocken, fruchtig	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINRIESLING	Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINPINOTNOIR	Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINBLAUER	Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINSTEFANIE	Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINROSE	Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINGLÖGER	Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung	210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

___ Flaschen	WEINPLAIMONT	Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée	90,-/85,-
--------------	--------------	---	-----------

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

Einzelpreis

___ Stück	TSHIRTASYL XL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL	120,-
___ Stück	TSHIRTASYL XXL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL	120,-
___ Pkg.	PRÄSERL	Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück	20,-
___ Stück	FEUERZEUG	Feuerzeug „Bundesheer abschaffen“	20,-
___ Stück	ANSTECKER	Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“	25,-

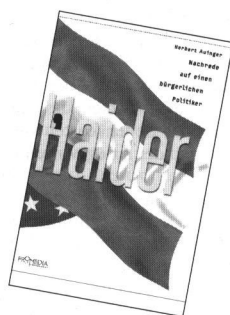
☐ Ich interessiere mich für die **Friedenssteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Wolf Haas: **Komm, süßer Tod.**
Roman. Rowolth, 223 Seiten.



Herbert Auinger: **Haider –
Nachrede auf einen bürgerlichen Politiker** Promedia, 240
Seiten

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich Sonderabo:	22,- Euro
Österreich Normalabo:	33,- Euro
Ausland:	38,- Euro
Übersee:	44,- Euro
Förderabo:	66,- Euro



Aufgrund der massiven Erhöhung der Postversandtarife ab Jänner 2002 und der uns nach wie vor verweigerten Publizistikförderung – wir tragen nichts zur staatsbürgerlichen Bildung bei! – sehen wir uns leider gezwungen, die Abo-Preise für nächstes Jahr zu erhöhen. Um aber allen AbonnentInnen, die eine solche Preisanhebung nicht mitmachen können oder wollen, die Möglichkeit zu bieten, Context XXI auch nächstes Jahr zu lesen und um insgesamt weiterhin eine vielfältige LeserInnenschaft anzusprechen, haben wir eine neue Abo-Kategorie eingeführt: das Sonderabo für StudentInnen, Arbeitslose, MigrantInnen und all jene, die sich das Normalabo nicht leisten können.

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
☐ Förderabonnement
☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**

ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk

wähle ich folgendes Buch:

- ☐ Haas: **Komm, süßer Tod**
Roman
☐ Auinger: **Haider –
Nachrede auf einen...**

ConInfo – Mailinglist

- ☐ Ich bin AbonnentIn oder bestelle nebenstehend ein Abo und möchte in die Mailinglist **ConInfo** aufgenommen werden.

Meine e-Mail-Adresse:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	50,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	70,-
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	70,-
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	70,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	80,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , schwarz, Aufdruck klein ☐ L	120,-
___ VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal , schwarz, Aufdruck groß	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , blau, Aufdruck klein, Größe XL	120,-
___ VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal , blau, Aufdruck groß, Größe XL	120,-

Besteller/in:

Datum:

Machen Sie sich hörbar!

Seit 1992 bietet das polycollege Ausbildungslehrgänge für Radio Journalismus an. Die erfreuliche Bilanz: mehr als 500 Absolventinnen und Absolventen und 2 Auszeichnungen. Für Context XXI LeserInnen gibt es nun die Möglichkeit ermäßigt diese Ausbildungslehrgänge zu besuchen.

Ob öffentlich-rechtlicher ORF, ob Privatradios von Oberösterreich bis zum Neusiedlersee oder Freie Radios von Tirol bis Wien: das polycollege Stöbergasse hinterlässt Spuren. Die AbsolventenInnen können in den österreichischen Radio-Stationen landauf-landab gehört werden. So arbeitet etwa Ingrid Rachbauer beim Donaudialog (ORF Mittelwelle) und Konstanze Hill bei der Welle Linz.

„Arabischer Morgen“

Das Kursangebot reicht vom Wochenend-Seminar mit Vermittlung der elementaren Grundkenntnisse bis zum Lehrgang „Radio und Internet“. Dieser beinhaltet 4 Monate Vollzeit-Ausbildung und einen Abschluss inklusive Praktikum bei einer ausländischen Radio-Station. Etwas kürzer dauert der Radio Journalismus Abendlehrgang mit 2 Abenden Unterricht pro Woche und einer Dauer von 3 Monaten. Die Qualität der Sendungen von polyradio zeigt sich aktuell in der Nominierung der Sendung „Arabischer Morgen“ für den Radio-Preis der Erwachsenenbildung 2001.

polycollege – Context XXI Gutscheinkaktion

Als Context XXI LeserIn erhalten Sie eine Ermäßigung von 5% auf alle Radiolehrgänge des Jahres 2002: Radio-Journalismus - Wochenend-Seminare, Radio-Journalismus Abendlehrgang, Radio & Internet, Radio Seminare, Lehrgang für Online-Redakteure, Besseres Sprechen. Füllen Sie den polycollege – Context XXI Gutschein einfach aus und schicken Sie ihn ans polycollege! Sie erhalten dann genauere Informationen und die notwendigen Anmeldeformulare.

Unser Kursangebot teilt sich in das allgemeine Kursprogramm mit über 30 Sprachen, Handwerkskursen, Tanz und Gymnastik, sowie in die Ausbildungen des 2. Bildungsweges. Dieser umfasst Hauptschulabschluss, AHS Matura, Berufsaufnahmeprüfung und Studienberechtigungsprüfung.

Das polyradio im polycollege Stöbergasse

Die nächsten Radiolehrgänge beginnen im März 2002. Anmeldung ab 8. Dezember. Zu hören ist das polyradio in ganz Europa jeweils am Donnerstag, 20.00-21.00 Uhr (Radio 1476, das Mittelwellenradio des 9. ORF) und in Wien jeweils am Mittwoch, 14.00-15.00 Uhr (Radio Orange, das Freie Radio in Wien).

Weitere Information und Buchung

VHS polycollege
Stöbergasse 11-15
1050 Wien

Tel: 01-545 32 44-12 Herbert Depner

Fax: 01-545 32 44-19

e-mail: polycollege@polycollege.ac.at

sprachferien@polycollege.ac.at

depner@polycollege.ac.at

Ich interessiere mich für folgende
Lehrgänge und hätte gerne mehr
Informationen darüber, sowie die
notwendigen Anmeldeformulare:

☐ Radio-Journalismus Wochenend-Seminare

☐ Radio-Journalismus Abendlehrgang

☐ Radio & Internet

☐ Radio Seminare

☐ Lehrgang für Online-Redakteure

☐ Besseres Sprechen

Nähere Infos gibt es unter:

<http://www.polycollege.ac.at/radio>

Name:

Adresse:

Telephon:

eMail:



**Zwei heiße Tipps
im kalten Winter:**

Das
**Politische Jahrbuch
2001/2002**
und
wien.direkt,
die Zeitung der Wiener Grünen

Gratis zu bestellen bei
Grüne Wien, 1070 Wien, Lindengasse 40
per Fax: 01-5269119 oder
per E-Mail: ruth.chylik@gruene.at

DIE GRÜNEN
GRÜNE ALTERNATIVE WIEN

Die Zeitung der Wiener Grünen

Seit 1992 ist wien.direkt die Zeitung der Wiener Grünen. Sie berichtet über die Politik der Grünen in Wien und über die Aktivitäten der Partei. Sie ist eine wichtige Informationsquelle für die Wiener Grünen und ihre Wähler.

Der Spar-Skandal

Der vorläufige Sparplan, der die Bundesregierung für die nächsten Jahre entworfen hat, ist ein Schock für die Wiener Grünen. Die Grünen fordern eine radikale Einsparung der öffentlichen Ausgaben und eine Erhöhung der Steuern auf die Reichen. Sie fordern auch eine Reform der Sozialversicherungssysteme.

Studenten gehen auf die Straße!

Die Studenten in Wien haben eine Demonstration organisiert, um gegen die Sparmaßnahmen zu protestieren. Sie fordern eine Erhöhung der Studiengebühren und eine Reform der Hochschulpolitik. Die Demonstration wurde von mehreren tausend Studenten besucht.

FLÜCHTLINGS- AFGHANISTAN

UNHCR-
Spendenkonto
Nr. 09583600300
bei Creditanstalt
(BLZ 11000)

Bürgerkrieg, Dürrekatastrophen, Hungersnot, die Angst vor Militärschlägen, Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen: Hunderttausende Menschen aus Afghanistan sind auf der Flucht. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR baut Lager und versorgt die Flüchtlinge mit dem Nötigsten: mit Trinkwasser, Lebensmitteln, Zelten, Decken, Medikamenten. Zwei Millionen Flüchtlinge leben bereits in Pakistan, 1,5 Millionen im Iran. Unter den erbärmlichen Lebensbedingungen in den Lagern leiden vor allem Frauen und Kinder. **UNHCR ist von freiwilligen Geberbeiträgen abhängig – und damit auch von der Großzügigkeit und dem Mitgefühl von Privatpersonen. Auch die kleinste Spende hilft – und kann für einen Flüchtling die Chance zu überleben bedeuten.**



UNHCR

UNITED NATIONS HIGH COMMISSIONER FOR REFUGEES

Foto: UNHCR/L. Boscardi

